

**HEIMAT
BEWAHREN,
ZUKUNFT
GESTALTEN!**

**WAHLPROGRAMM
DER AFD RHEINLAND-PFALZ
ZUR LANDTAGSWAHL 2021**

beschlossen auf dem Landesparteitag am 4. September 2020 in Idar-Oberstein

Frischer Wind statt heiße Luft!

AfD



1 DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ 17

- 1.1 Das Volk ist der Souverän 17
- 1.2 Volksentscheide als Korrektiv zur Parteienherrschaft 17
- 1.3 Für wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen 18
- 1.4 Direkte Demokratie in Rheinland-Pfalz stärken 19
- 1.5 Kommunale Bürgerentscheide erleichtern 20
- 1.6 Lose gebundene Wahllisten auf Landesebene 21
- 1.7 Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen 21

2 LÄNDLICHER RAUM 23

- 2.1 Ländliche Räume zukunftsfähig machen, Rheinland-Pfalz stärken 23
- 2.2 Infrastruktur verbessern, wohnortnahe Versorgung sichern 24
- 2.3 Kommunale Unterfinanzierung beenden, Dezentralität erhalten 25

3 FAMILIE 27

- 3.1 Freiheit, Gerechtigkeit und Schutz für unsere Familien 27
- 3.2 Wirkliche Wahlfreiheit und Gerechtigkeit bei der Kindererziehung schaffen 28
- 3.3 Betreuungsqualität in Kitas erhöhen 29

3.4	Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern – mehr gemeinsame Zeit für Familien ermöglichen	30
3.5	Familien bei Steuern und Abgaben gerecht entlasten	31
3.6	Kinder in allen Lebensphasen schützen	32
3.7	Familienfeindlichen Ideologien entgegentreten	33

4 WIRTSCHAFT 35

4.1	Industriepolitik für den Standort Rheinland-Pfalz	35
4.2	Unternehmen und Arbeitnehmer in Systemkrisen unterstützen, Shutdown-Folgen bekämpfen	36
4.3	Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolgen fördern	37
4.4	Rheinland-Pfalz muss Autoland bleiben	38
4.5	Potentiale bei der Erforschung künstlicher Intelligenz nutzen	39
4.6	Infrastruktur flächendeckend ausbauen, ländlichen Raum stärken	40
4.7	Mittelstandsförderung ist uns ein Herzensanliegen	42
4.8	Bürokratie abbauen, Unternehmen und Verbraucher entlasten	43

4.9	Fachkräftemangel bekämpfen, berufliche Bildung und Weiterbildung stärken	44
4.10	Negativzins bekämpfen, Kreditwirtschaft und Sparer schützen	45
5	BILDUNG UND HOCHSCHULPOLITIK	47
5.1	Niveauperlust stoppen, Rheinland-Pfalz für die Zukunft rüsten	47
5.2	Wiederherstellung einer leistungsstarken Realschule	48
5.3	Besuch des Regelunterrichts nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen	50
5.4	Inklusion mit Augenmaß	50
5.5	Kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung	52
5.6	Leistungsstarke Hochschulen statt verschulter Massenunis	53
5.7	Breite Öffnung der Hochschulen ist ein Irrweg	54
5.8	Mehr Freiheit statt Ideologisierung akademischer Diskurse	55
6	GESUNDHEIT UND PFLEGE	57
6.1	Ärztmangel entgegenwirken, Krankenhäuser auskömmlich finanzieren	57

6.2	Ambulante und stationäre Versorgung sichern, Wartezeiten verringern, Versorgung verbessern	58
6.3	Geburtshilfe stärken	60
6.4	Flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleisten	60
6.5	Pflegekräfte-Nachwuchs sicherstellen	61
6.6	Pflegende Angehörige stärker unterstützen	62
6.7	Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern	63

7 ASYL UND MIGRATION 65

7.1	Verfolgte schützen, Betrüger und Kriminelle abschieben, Rückkehrperspektiven schaffen	65
7.2	Armutszuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen – Fehlanreize minimieren	66
7.3	Kosten für Steuerzahler transparent machen	67
7.4	Mut zu deutscher Identität: Integration verbindlich einfordern	68
7.5	Abwanderung deutscher Fachkräfte reduzieren – qualifizierte Zuwanderung aufwerten	69

8 INNERES 71

8.1	Für anlassbezogene Grenzkontrollen und die Einführung einer eigenen Grenzpolizei	71
-----	--	----

8.2	Polizei personell, materiell und ideell stärken	72
8.3	Feuerwehren: schnellere Beförderungsmöglichkeiten und Rentenpunkte für ehrenamtliche Dienste	73
8.4	Kommunale Ordnungsdienste endlich aufwerten	74
8.5	Schweren Dienst der Justizvollzugsbeamten anerkennen	75
8.6	Linksextremismus unabhängig bekämpfen	75
8.7	Polizeiliche Kriminalstatistik ungeschminkt ausgestalten	77
8.8	Bessere Rahmenbedingungen für Einsätze im Katastrophenschutz	78
8.9	Lückenloses Bädernetz muss Schwimmfähigkeit unserer Kinder ermöglichen	79
8.10	Jugendoffiziere sind wichtig für die politische Bildung	80

9 UMWELT UND NATUR – ABFALLWIRTSCHAFT 83

9.1	Klimawandel und Klimaschutz	83
9.2	Kulturlandschaft Wald nutzbringend bewirtschaften	84
9.3	Für einen Wald mit Wild und unser traditionelles Jagdrecht	86

9.4	Biologische Vielfalt stärken, Vögel und Insekten schützen, invasive Arten begrenzen	87
9.5	Realistische Grenzwerte und Messverfahren bei Emissionen und Immissionen	89
9.6	Abfallwirtschaft kommunalverträglich und bürgerfreundlich gestalten	91
9.7	Kunststoffherstellung sinnvoll regulieren	92
9.8	Wasserwirtschaft muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben	94

10 KULTUR **97**

10.1	Deutsche Leitkultur und Heimatbewusstsein	97
10.2	Hoch- und Breitenkultur in Stadt und Land unterstützen – Vereinen Zukunft geben	98
10.3	Deutsche Sprache stärken, Lesekultur fördern	99
10.4	Für eine selbstbewusste ganzheitliche Erinnerungskultur	101
10.5	Musik, Theater, Film	103
10.6	Vertriebene, Aussiedler, Partnerschaftspolitik	104

11 LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU **107**

11.1	Strukturwandel heimatbewusst gestalten	107
11.2	Bäuerlichen Familienbetrieben Zukunft geben	108
11.3	Natur- und Tierschutz kann nur mit den Landwirten gelingen	109

11.4	Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stärken	110
11.5	Weinbau ist integraler Bestandteil unserer Landesidentität	111
11.6	Charakteristischen Steillagenweinbau bewahren	112
11.7	Wein als zentrales Tourismus-Thema nutzen	112
11.8	Wirtschaftliche Bedeutung des Weins erhalten	113

12 DIGITALPOLITIK **115**

12.1	Digitale Infrastruktur endlich zukunftsfähig machen	115
12.2	Schleppender Breitband- und Glasfaserausbau hemmt unseren Wirtschaftsstandort	115
12.3	Mobilfunknetz: Rheinland-Pfalz aus dem Funkloch holen	117
12.4	Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G fördern, gesundheitliche Risiken im Blick behalten	118

13 ENERGIE **121**

13.1	Für eine realistische und verantwortungsvolle Energiepolitik	121
13.2	Strompreise senken und Windkraftausbau stoppen	122

13.3	Infraschallgefahren begegnen und Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung erhöhen	125
13.4	Speicherprojekte und Smart-Grid-Lösungen vorantreiben	126
13.5	Bundesweite Abschaffung des EEG in die Wege leiten	127
13.6	Bürger am Netzbetrieb beteiligen	128
13.7	Mehr Ehrlichkeit bei der CO2-Debatte	128
13.8	Technologieoffene Entwicklung aller Antriebstechnologien statt einseitige Förderung der Elektromobilität	129
13.9	Verbrauchsreduktion und Energieeffizienz ganzheitlich betrachten	130
13.10	Energieverbrauch in Gebäuden: Verhältnismäßigkeit wahren	131

14 TOURISMUS UND GASTRONOMIE

133

14.1	Tourismus ist gerade für Rheinland-Pfalz wichtig	133
14.2	Für ein Reiseland mit jungem Image	134
14.3	Natur und Kultur schützen – „Verspargelung“ ganzer Landschaften stoppen	135
14.4	Welterbestätten wertschätzen – neue Themenstraße auf den Spuren der Amerika- auswanderung einrichten	135

14.5	Rentenpunkte für Ehrenamtliche – eigenen „Wander- und Radfahrertag“ ausrufen	136
14.6	Kleinräumigkeit als Chance sehen	137
14.7	Infrastruktur verbessern, Bürokratie abbauen	138
14.8	Gastronomie unterstützen, Kneipensterben verhindern	139
14.9	Heilbäder und Kurorte zukunftsfähig machen, Chancen des Gesundheitstourismus nutzen	141

15 VERKEHR **143**

15.1	Für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur	143
15.2	Lücken und Engpässe bei Straßen und Rhein-Querungen beseitigen	144
15.3	Zustand von Straßen und Brücken verbessern	145
15.4	Effektiven ÖPNV und Fernverkehr gewährleisten	147
15.5	Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraßen lenken, Bürger vor Lärm schützen	148
15.6	Individualverkehr garantieren, Dieselfahrverbote verhindern	150
15.7	Antriebstechnologien technologieoffen fördern, Verbrennungsmotor weiter entwickeln	151
15.8	Straßenausbaubeiträge abschaffen	152

16 FRAUENPOLITIK UND GENDERIDEOLOGIE **155**

- 16.1 Gleichberechtigung statt Gleichmacherei 155
- 16.2 Respekt und Anerkennung für Frauen und Mütter 156
- 16.3 Frauenquoten bringen neue Diskriminierungen 156
- 16.4 Staat muss Sicherheit gewährleisten 157
- 16.5 Gegen totalitäre Geschlechterpolitik 157

17 SOZIALPOLITIK **159**

- 17.1 Unsere Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell 159
- 17.2 Recht auf Eigentum bewahren 161
- 17.3 Steuerlasten verringern und gerechter gestalten 161
- 17.4 Den Sozialstaat als nationale Gemeinschaft zukunftsfähig machen 162
- 17.5 Für Chancengleichheit, Subsidiarität und das Konnexitätsprinzip 163
- 17.6 Sozialversicherungen erhalten und weiterentwickeln – Rente sichern 165
- 17.7 Wertschöpfungsabgabe und Digitalsteuer einführen 167
- 17.8 „Deutschland-Fonds“ für Vermögenserhalt und -aufbau 168

17.9	Sozialen Wohnungsbau und Wohneigentum fördern	169
17.10	Inklusive Sozialräume schaffen, Barrieren abbauen	172

18 HAUSHALT UND FINANZEN **175**

18.1	Politik für langfristig ausgeglichene Haushalte	175
18.2	Keine Erhöhung von Steuern und Abgaben – Grunderwerbsteuer senken	176
18.3	Kommunen finanziell besser stellen	177
18.4	Grundsteuer: Flächenmodell einführen	179
18.5	Investitionen des Landes erhöhen	180
18.6	Bargeld bewahren	181



**HEIMAT
BEWAHREN,
ZUKUNFT
GESTALTEN!**

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD

HEIMAT BEWAHREN, ZUKUNFT GESTALTEN!

Rheinland-Pfalz ist reich an Zeugnissen einer großen und bewegten Vergangenheit: vom Kaiserdom zu Speyer, über den Mainzer Gutenberg mit seiner bahnbrechenden Erfindung der Druckerpresse und der nach ihm benannten Universität, dem Hambacher Schloss bei Neustadt als Wiege der modernen Demokratie in Deutschland bis hin zum Deutschen Eck in Koblenz als Symbol der ersten deutschen Vereinigung zu einem Nationalstaat im heutigen Sinne.

In Rheinland-Pfalz finden sich aber auch modernste Forschung und Innovation, Unternehmergeist und unternehmerischer Erfolg. Es gibt das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern, den bundesweit fast einmaligen Studiengang Computervisualistik an der Universität Koblenz sowie etliche andere erfolgreiche Forschungsinstitute, Hochschulen und Unternehmen. Sie alle wurden von den SPD-geführten Landesregierungen der letzten 30 Jahre mehr gehemmt als wirkungsvoll gefördert.

Unser Land hat jedoch vergleichsweise wenige Rohstoffe; erst Ideen, Patente und Spitzenprodukte haben es zu einem konkurrenzfähigen Standort mit großer Wirtschaftskraft gemacht. Nur mit einer exzellenten Bildung und einer

leistungsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik, die Digitalisierung als Chance begreift und technologische Souveränität stärkt, ist unser Wohlstand zu erhalten.

Die Verbindung von Tradition und Fortschritt sehen wir als zwei Seiten einer Medaille: Denn Freiheit, Identität und Heimatliebe bilden die Grundlage für neue Ideen und Zukunftsvisionen und motivieren zu Unternehmergeist und Fleiß als wichtigen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Gemeinwesen.

Gerade in einer Zeit der Globalisierung und Digitalisierung, in der sich alles immer schneller zu drehen scheint, erkennen die Menschen den Wert ihrer Heimat und Identität. Wir wollen als AfD unsere gewachsenen Traditionen und unsere Kultur erhalten und nicht in einer multikulturellen Gesellschaft auflösen. Wir sind offen für die Welt und möchten gleichzeitig Deutsche sein und bleiben.

Wir möchten leben aus dem, was immer gültig ist: Nicht Ideologie, Zeitgeist oder Lobbyinteressen, sondern das Wohl des eigenen Volkes und der eigenen Bürger muss Grundlage und Maßstab der Politik sein. Das Eintreten für das Eigene schließt dabei die solidarische Mitsorge für andere Menschen und Nationen ein.

Schon Goethe wusste: Wer Wurzeln hat, dem können Flügel wachsen. Und beflügeln wollen wir unser Land.

Denn Rheinland-Pfalz hat viel Potential – ein Potential, das leider seit Jahrzehnten nicht voll ausgeschöpft und entwickelt wird.

Wir möchten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken. Die AfD sieht sich als Erbin des Hambacher Fests von 1832 und der bürgerlichen Revolution von 1848 und steht für den Erhalt der staatlichen Souveränität Deutschlands und des deutschen Volkes als dessen Träger. Sie steht für die Förderung der Demokratie und insbesondere der direkten Demokratie, die Bewahrung der Meinungsfreiheit und die Verbindlichkeit des geltenden Rechts.

All diese wertvollen Prinzipien unserer Bürgergesellschaft sind durch Politikversagen und die zunehmende Behinderung offener Diskussionsprozesse in ihrer Existenz bedroht. Angesichts dessen sollte jeder echte Demokrat die Stimme erheben. Eine Alternative für Deutschland wird auch in Rheinland-Pfalz dringender gebraucht denn je.

Im Mittelpunkt der patriotischen Politik der AfD steht das Wohl der Bürger unseres Landes. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verteidigen und so unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden.

Heimat bewahren, Zukunft gestalten!

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**DEMOKRATIE
UND**

TRANSPARENZ

Frischer Wind statt heiße Luft!

AfD



1 DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

1.1 Das Volk ist der Souverän

Träger der Staatsgewalt ist das Volk – so heißt es in Artikel 74 der Landesverfassung von Rheinland-Pfalz. Artikel 107 dieser Verfassung nennt die Gesetzgebung durch das Volk im Wege des Volksentscheids sogar vor der Gesetzgebung durch den Landtag. Leider sind die Hürden für direkte Demokratie in Rheinland-Pfalz so hoch, dass sie faktisch verhindert wird. Aus der angestrebten Volksherrschaft ist auch deshalb in vieler Hinsicht eine Parteienherrschaft geworden.

Durch die Einführung der losen gebundenen Listenwahl auf Landesebene und die Stärkung direktdemokratischer Elemente zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie wollen wir den Bürgern wieder mehr Macht geben, über ihre Belange unmittelbar selbst zu entscheiden.

1.2 Volksentscheide als Korrektiv zur Parteienherrschaft

Volksentscheide sind ein dringend erforderliches Korrektiv der repräsentativen Demokratie. Parteien verbinden in ihren Programmen Positionen zu unterschiedlichsten Themen, und der Wähler muss

nach der größten Schnittmenge mit seinen eigenen Überzeugungen suchen. Nicht selten sind bestimmte Standpunkte überhaupt nicht vertreten. Demgegenüber veranlassen Volksentscheide politische Vertreter zu mehr Information, Transparenz und Bürgerbeteiligung im Vorfeld wichtiger Entscheidungen. Die Möglichkeit zur direkten Einflussnahme auf politische Entscheidungen ist außerdem die beste Maßnahme gegen Politikverdrossenheit und steigert die Identifikation der Bürger mit der Demokratie und ihrem Gemeinwesen.

1.3 **Für wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen**

Die AfD fordert wirksame Volksentscheide und eine Stärkung direktdemokratischer Verfahren auf allen politischen Ebenen. Direkte Demokratie darf nicht durch überhöhte Verfahrensanforderungen zum Beispiel bezüglich Unterstützungsunterschriften, Fristen und Quoren oder die Einschränkung der für direktdemokratische Verfahren zugelassenen Fragen ausgebremst werden. Volksentscheide müssen zu allen Fragen möglich sein, die der Entscheidungsbefugnis der parlamentarischen Gremien unterliegen. Bei entsprechenden technischen Voraussetzungen ist die Etablierung elektronischer Wahlverfahren anzustreben.

1.4 **Direkte Demokratie in Rheinland-Pfalz stärken**

Die Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind in Rheinland-Pfalz so hoch, dass direkte Demokratie faktisch verhindert wird. So müssen für eine Volksinitiative 30.000 Unterschriften, für ein initiiertes Volksbegehren 300.000 Unterschriften in zwei Monaten und für ein fakultatives Volksbegehren 150.000 Unterschriften in einem Monat auf dem Wege der amtlichen Eintragung gesammelt werden. Die Anzahl der Unterschriften ist stattdessen für alle Verfahren auf jeweils ein Drittel zu verringern, während die Eintragungsfristen bei Volksbegehren auf sechs Monate bzw. ein Jahr zu verlängern sind.

Aktuell sind außerdem keine Volksbegehren zu Finanzfragen möglich, was bei einer weiten Auslegung des Begriffs eine wesentliche Einschränkung der direkten Demokratie bedeutet. Wir möchten, dass Volksbegehren künftig auch zu Finanzfragen erlaubt sind und lediglich das Haushaltsgesetz zur Wahrung der Budgethoheit des Landtags ausgenommen bleibt.

Das Quorum für Volksentscheide, das derzeit 25 Prozent aller Wahlberechtigten für die angestrebte Lösung beträgt, sollte analog zu Wahlen – wie in der Schweiz – vollständig entfallen und bei Verfassungsänderungen bei einer Zwei-Drittel-Mehrheit liegen.

Wie in der Schweiz müssen die Wahlberechtigten vor einem Volksentscheid ausführlich über dessen Ziele und Auswirkungen aufgeklärt werden. Dazu sollte eine Informationsbroschüre mit einer Pro-Contra-Darstellung an alle Wahlberechtigten gehen. Zusätzlich sollte analog zur Wahlwerbung vor einer Landtagswahl im Fernsehen mit Videospots informiert werden.

1.5 **Kommunale Bürgerentscheide erleichtern**

Direkte Demokratie muss auch auf der kommunalen Ebene gestärkt werden.

Das Quorum für den Bürgerentscheid, das derzeit bei 15 Prozent aller Wahlberechtigten für die angestrebte Lösung liegt, sollte zukünftig wie bei Wahlen nach dem Vorbild der Schweiz vollständig entfallen. Auch auf der kommunalen Ebene sollten keine inhaltlichen Einschränkungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gelten, soweit dem keine gesetzlichen oder verfassungsrechtlichen Regelungen entgegenstehen und die Fragen der Entscheidungsbefugnis der Kommunalparlamente unterliegen. Insbesondere möchten wir auch die Bauleitplanung direktdemokratischen Entscheidungen zugänglich machen. Vor Bürgerentscheiden sollten die Bürger mit Hilfe von Informationsbroschüren mit Pro-Contra-Darstellung informiert werden.

1.6 ***Lose gebundene Wahllisten auf Landesebene***

Die starren Wahllisten bei Landtagswahlen lassen dem Wähler keine Möglichkeit, mit seiner Zweitstimme Einfluss auf die Zusammensetzung der Liste der Partei zu nehmen, die er wählt. Damit ist Rheinland-Pfalz (wie Deutschland insgesamt) international gesehen in der Minderheit und selbst hierzulande ermöglichen Bundesländer wie Bayern, Bremen und Hamburg ihren Bürgern die Mitbestimmung über die personelle Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen. Die AfD möchte die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürger auch gegenüber den Parteien stärken und daher offene gebundene Wahllisten auf Landesebene einführen, bei denen Wähler durch die Vergabe von Präferenzstimmen innerhalb der gewählten Liste Einfluss auf die Reihung der Kandidaten nehmen können.

1.7 ***Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen***

Die AfD wird sich über formale Verfahren hinaus für mehr Transparenz der politischen Prozesse und Themen, bessere Information der Bürgerschaft und intensive Diskussion mit den Bürgern schon im Vorfeld von Entscheidungen einsetzen. Dabei sollten insbesondere interaktive Verfahren und die neuen digitalen Medien genutzt werden.

LÄNDLICHER RAUM

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD

2 LÄNDLICHER RAUM

2.1 Ländliche Räume zukunftsfähig machen, Rheinland-Pfalz stärken

Rheinland-Pfalz ist in besonderem Maße ländlich geprägt. Auf vergleichsweise kleiner Fläche besteht es aus einer Reihe naturräumlich wie kulturell jeweils durchaus unterschiedlicher Regionen, die relativ dünn besiedelt sind und in denen die Landwirtschaft und/oder der Weinbau in hohem Maße Land und Leute prägen. Nicht Metropolen und große städtische Ballungsräume sind entscheidend für die Landesidentität von Rheinland-Pfalz, sondern vor allem diese kleinteilige Vielfalt.

In Zeiten eines starken Rückgangs der deutschen Bevölkerung und angesichts massiver Zentralisierungs- und Verstädterungstendenzen sind unsere ländlichen Gebiete zusehends gefährdet. Arbeitsplätze gehen verloren oder werden an andere Orte verlagert, junge Familien lassen sich in städtischen Räumen nieder und die traditionsbildende Landwirtschaft kämpft vielerorts um ihre Existenz.

Die rheinland-pfälzische AfD versteht sich vor diesem Hintergrund als Fürsprecherin gerade der ländlichen Räume und ihrer Bewohner. Ihnen wollen wir mit einem

Bündel an Maßnahmen Zukunft geben und damit den besonderen Charakter unseres Landes und der engeren Heimat zum Wohle aller erhalten.

2.2 *Infrastruktur verbessern, wohnortnahe Versorgung sichern*

Programmatische Ansätze hierfür finden sich in etlichen Kapiteln dieses Landeswahlprogramms. Besondere Bedeutung haben dabei der Erhalt bzw. die Verbesserung der Infrastruktur einschließlich der Digitalisierung. Nur so kann für möglichst viele Bürger in der Fläche die Möglichkeit gewährleistet werden, durch Pendeln zum weiter entfernten Arbeitsplatz oder im Zuge moderner digitalisierungsgetriebener dezentraler Strukturveränderungen („Homeoffice“, Tele- und Teilzeitarbeit) den eigenen Lebensunterhalt dauerhaft in heimischen Gefilden zu finden.

Die Qualität und Perspektive dieses Zuhauses ist darüber hinaus eng verknüpft mit einer guten, möglichst wohnortnahen Versorgung durch Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser. Kitas, Schulen und vielfältige Bildungsangebote für die Jugend sind ebenso unverzichtbar wie der Erhalt von Einkaufsmöglichkeiten und Gaststätten. Von strategischer Bedeutung ist auch die Zukunftssicherung des traditionell auf dem Land sehr reichhaltigen Vereinswesens sowie die Bereitstellung preiswerter und attraktiver

Bau- und Wohnmöglichkeiten, wobei den gewachsenen Ortskernen und dem Erhalt wertvoller Bausubstanz aus Sicht der AfD ein großer Stellenwert einzuräumen ist.

2.3 Kommunale Unterfinanzierung beenden, Dezentralität erhalten

Nicht zuletzt fordert die AfD eine weitaus bessere Mitteleinsatzung für unsere in Teilen stark unterfinanzierten Kommunen, um insbesondere die ländlichen Räume lebenswert zu erhalten. Zugleich sind ganz allgemein Entscheidungsbefugnisse und der Landesentwicklungsplan (LEP) so zu gestalten, dass der dezentrale Charakter des Landes wieder gestärkt und die ländlichen Gebiete nicht mehr zusehends abgehängt werden. Das setzt eine transparente Gestaltung des LEPs voraus, der die Handlungsspielräume der Ortsgemeinden zu erweitern hat und als Dienstleister fungierende Mittelbehörden (Struktur- und Genehmigungsdirektionen, Landesämter) im Interesse der Kommunen wie der Bürger sichtbar machen sollte. Eine große Chance sehen wir außerdem in der Förderung des Tourismus gerade auf dem Lande.



FAMILIE

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD

3 FAMILIE

3.1 Freiheit, Gerechtigkeit und Schutz für unsere Familien

Gute Familienpolitik schafft Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Familien selbstbestimmt entfalten können. Denn sie wissen selbst am besten, was richtig und förderlich für sie ist. In der heutigen Lebenswirklichkeit werden Familien allerdings durch ökonomische Zwänge und ideologische Bevormundung zunehmend in ihrer Freiheit eingeschränkt.

So finden die herausragenden und unverzichtbaren Leistungen, die Familien für unsere Gesellschaft erbringen, viel zu wenig Anerkennung. Kinder groß zu ziehen, ist nicht nur mit vielfältigen Belastungen im Alltag, sondern auch mit spürbaren finanziellen Einbußen verbunden. Nicht selten führt Kinderreichtum zu Familien- und später zu Altersarmut. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Geburtenzahlen in Deutschland seit langem rückläufig und nicht mehr ausreichend sind.

Dem wollen wir mit einer wertschätzenden Familienpolitik begegnen, die für mehr Gerechtigkeit sorgt und junge Paare ermutigt, Kinder zu bekommen. Gleichzeitig

lassen sich damit auch die wachsenden demographischen Probleme und ihre Folgen bekämpfen.

Die Corona-Krise hat uns allen noch einmal deutlich gemacht: Familien sind systemrelevant. Diese grundlegende Erkenntnis muss endlich eine angemessene Berücksichtigung in der Politik finden. Nur wenn wir Eigenverantwortung und Selbstbestimmung unserer Familien stärken und sie wieder zur „Keimzelle des Staates“ machen, hat unser Land eine Zukunft.

3.2 *Wirkliche Wahlfreiheit und Gerechtigkeit bei der Kindererziehung schaffen*

Es gibt keine größere Lohnlücke („Pay-Gap“) als zwischen bezahlten Erzieherinnen in der Kita und Müttern und Vätern. Während jeder Kita-Platz durchschnittlich mit etwa 1000 Euro pro Monat subventioniert wird, erhalten Eltern, die die gleiche Arbeit zu Hause leisten, nichts. Dies ist nicht nur in hohem Maße ungerecht, sondern führt auch dazu, dass sich Familien gezwungen gesehen, aus wirtschaftlichen Gründen ihre Kinder schon bald nach der Geburt in eine Kita zu geben. Mütter und Väter müssen auch dann einer Erwerbsarbeit nachgehen, wenn sie eigentlich für einige Zeit bei ihrem Kind bleiben möchten. Von echter Wahlfreiheit für Eltern kann daher nicht die Rede sein.

Um dies zu ändern, wollen wir ein Landeserziehungsgeld einführen. Für jedes Kind, das im zweiten und dritten Lebensjahr zu Hause betreut wird, erhalten Eltern monatlich 500 Euro. Damit wollen wir Vätern und Müttern die Möglichkeit geben, die Erziehungsarbeit in dieser entscheidenden Lebensphase ihres Kindes selbst zu übernehmen. Gleichzeitig muss ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kita-Plätzen für die Familien zur Verfügung stehen, die davon keinen Gebrauch machen wollen.

3.3 *Betreuungsqualität in Kitas erhöhen*

Die Fachkraft-Kind-Relation bleibt auch in den rheinland-pfälzischen Kitas deutlich hinter wissenschaftlichen Anforderungen zurück. Um die gesunde Entwicklung von Kindern sicher zu stellen, halten Ärzte und Psychologen im Krippenalter einen Betreuungsschlüssel von 1:2,5 und bei über Dreijährigen von 1:7,5 für dringend geboten. Berücksichtigt man die Tatsache, dass etwa 40 Prozent der Arbeitszeit des Kita-Personals nicht im unmittelbaren Kontakt mit den Kindern geschieht, dann sind wir von diesem Mindeststandard in Rheinland-Pfalz weit entfernt.

Wir fordern daher eine deutliche Personalaufstockung bei der öffentlichen Kindertagesbetreuung. Dadurch sollen Erzieherinnen und Erzieher entlastet werden und unsere

Kinder die notwendige Zuwendung erfahren. Insbesondere bei den unter Dreijährigen muss die sichere Bindung im Vordergrund stehen, die nur durch intensiven Kontakt zu wenigen festen Bezugspersonen gelingen kann. Denn fehlende oder mangelhafte Bindungserfahrungen wirken sich bis ins Erwachsenenalter hinein negativ aus.

3.4 *Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern – mehr gemeinsame Zeit für Familien ermöglichen*

Das Leben von Familien ist heute in erheblichem Maße ökonomischen Zwängen unterworfen. Es wird als nahezu selbstverständlich angesehen, dass sie sich den Rahmenbedingungen der Wirtschaft unterwerfen. Leidtragende dieser Situation sind in erster Linie Frauen und Kinder. Um dies zu ändern, benötigen wir mehr Flexibilität und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von „Home-Office“-Angeboten wie Telearbeit, mehr familienbegleitende Fortbildungsangebote, eine stärkere Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Familienphase, vor allem für Mütter, und nicht zuletzt flexible Lebensarbeitszeitmodelle.

Mit solchen Maßnahmen könnte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und gleichzeitig mehr Familienzeit ermöglicht werden. Daneben muss – gerade

auch im ländlichen Raum – eine familienfreundliche Infrastruktur beispielsweise mit Kitas und Schulen gegeben sein und erhalten bleiben.

3.5 Familien bei Steuern und Abgaben gerecht entlasten

Familien mit Kindern sind steuerlich gegenüber kinderlosen Paaren oder Alleinstehenden massiv benachteiligt. Auch bei der Rente erfährt elterliche Erziehungsarbeit keine ausreichende Berücksichtigung, obwohl sie die Basis unserer Altersversorgung ist. Hier findet eine riesige Umverteilung zu Lasten der Familien statt, die die Kinder- und Jugendkosten alleine tragen, während die Rente von allen Erwerbstätigen in Anspruch genommen wird.

Durch die Einführung eines Familiensplittings auf Bundesebene wollen wir die steuerliche Benachteiligung von Familien beseitigen. Zudem fordern wir mit Hilfe von Freibeträgen die Berücksichtigung von Kindern bei den Sozialversicherungsabgaben, eine stärkere Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente sowie einen Kinder-Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer. Eltern schulpflichtiger Kinder sollen darüber hinaus durch die Ausweitung der kostenlosen Schülerbeförderung auf die Oberstufe finanziell entlastet werden.

3.6 ***Kinder in allen Lebensphasen schützen***

Gemäß Grundgesetz-Artikel 2 muss das menschliche Leben in allen seinen Phasen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod umfassend geschützt werden. Wir fordern daher einen besseren Schutz von Kindern vor Missbrauch jeglicher Art – sei es in Form der Pädokriminalität, der Kinderehe, aber auch der vorgeburtlichen Tötung durch Abtreibung. Um dies zu erreichen, brauchen wir neben gesetzlichen Regelungen mehr Bewusstseinsbildung für den Lebensschutz in Schulen und staatlichen Bildungseinrichtungen. Frauen im Schwangerschaftskonflikt wollen wir durch Beratung und Hilfsangebote zu einem Leben mit ihrem Kind ermutigen. Die steuerliche Förderung von Abtreibungskliniken wie etwa des „Medizinischen Zentrums“ der Pro Familia in Mainz ist dagegen ersatzlos zu streichen.

3.7 **Familienfeindlichen Ideologien entgegentreten**

Die Erziehung von Kindern und die Wahrnehmung ihrer Rechte muss Sache der Eltern bleiben und darf nicht immer mehr durch den Staat übernommen werden. Allen Bestrebungen, das Erziehungsrecht von Müttern und Vätern – etwa durch die Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz – zu schwächen, treten wir daher entschieden entgegen.

Die von der Genderideologie betriebene Auflösung der natürlichen Geschlechter und die bewusste Dekonstruktion der traditionellen Familie lehnen wir ab. Nicht von ungefähr hat gemäß Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention jedes Kind grundsätzlich das Recht, bei seinen leiblichen Eltern aufzuwachsen und von diesen erzogen zu werden.



WIRTSCHAFT

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD

4 WIRTSCHAFT

4.1 *Industriepolitik für den Standort Rheinland-Pfalz*

Innovation und Wertschöpfung unserer Unternehmen sind die Grundlagen von Wohlstand und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz. Die AfD bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards und möchte durch eine unternehmerfreundliche Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik die Gründung und den geschäftlichen Erfolg insbesondere mittelständischer Firmen unterstützen. Wir streben ein modernes Deutschland in Stadt und Land an, in dem Vollbeschäftigung als die beste Sozialpolitik wirkt.

Allen voran müssen Unternehmer wie Verbraucher von Bürokratie und Abgaben entlastet werden. Außerdem möchte die AfD die duale Ausbildung stärken und durch eine aktivierende Familienpolitik langfristig zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen. Auf diesem Weg sollen Arbeitsplätze, Einkommen und steuerliche Einnahmen generiert werden.

Soziale Marktwirtschaft und staatliche Industriepolitik schließen sich im Einzelfall nicht aus: Die Gründung, der Aufbau und die Ansiedlung von Unternehmen und insbesondere von Branchen mit zukunftsweisenden und

innovativen Technologien sind zu fördern. In systemischen Krisen wie der Herausforderung durch Corona müssen Unternehmen auch direkt unterstützt werden.

4.2 *Unternehmen und Arbeitnehmer in Systemkrisen unterstützen, Shutdown-Folgen bekämpfen*

Der zum Schutz vor der Corona-Pandemie verhängte „Shutdown“ wäre bei besserer Vorbereitung in dieser Härte vermeidbar gewesen und hätte in jedem Fall deutlich früher beendet werden müssen. Die zwangsweise Stilllegung unserer Wirtschaft hat verheerende Auswirkungen mit sich gebracht: Millionenfache Kurzarbeit, eine steigende und sich verfestigende Arbeitslosigkeit, ein massiver Einbruch der Volkswirtschaft und der Steuereinnahmen, der Niedergang des Einzelhandels sowie eine sich beschleunigende Verödung mancher Innenstädte. Unsere Unternehmen benötigen zielgenaue Unterstützung, um diese von ihnen unverschuldete Krise zu bewältigen.

Die AfD forderte von Anfang an eine bessere Vorbereitung auf Katastrophenfälle und eine verantwortungsvolle Reaktion auf Corona, dann eine frühzeitige Aufhebung des Shutdowns sowie eine angemessene Entschädigung für jene Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit dadurch massiv beeinträchtigt oder gar unterbunden wurde. Diese Ersatzzahlungen sollten im Rahmen der finanziellen Mög-

lichkeiten in Form nicht rückzahlbarer Hilfsprogramme erfolgen, deren Höhe sich am entgangenen bereinigten Umsatz orientiert.

4.3 Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolgen fördern

Die AfD will die Eigeninitiative unterstützen und stärken. Darum legen wir ein besonderes Gewicht auf die unbürokratische Förderung von Unternehmensgründungen und gelingende Unternehmensnachfolgen.

Die Gründung, den Aufbau und die Ansiedlung von Unternehmen, insbesondere von Branchen mit zukunftsweisenden innovativen Technologien, sollte das Land Rheinland-Pfalz als Risikokapitalgeber und Vermittler begleiten und unter definierten Voraussetzungen über eine begrenzte Zeit mit dem Ziel des Markterfolges auch finanziell unterstützen. Wir wollen hierzulande ein Klima der Innovation schaffen, Kapitalgeber und Gründer zusammenbringen und die öffentliche Hand bei Bedarf im Zuge einer Co-Finanzierung beteiligen.

Rheinland-Pfalz soll idealerweise das führende Bundesland für Unternehmensgründer und damit „Start-Up-Land“ Nr. 1 werden.

4.4 **Rheinland-Pfalz muss Autoland bleiben**

Die Auto- und Nutzfahrzeugindustrie ist eine technologische Leitindustrie mit vielen produktiven Arbeitsplätzen in ganz Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz, die erhalten werden müssen. Wir wenden uns gegen völlig überzogene ideologische Vorgaben, die hunderttausende Arbeitsplätze gefährden. Die AfD fordert ein Bekenntnis zur individuellen Mobilität, zum Automobilstandort Deutschland und gegen Fahrverbote für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Wir stehen für eine technologieoffene Förderung der Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Dieseltechnologie.

Eine große Chance besteht darin, das autonome Fahren weiterzuentwickeln, denn in diesem Zusammenhang halten deutsche Unternehmen weltweit knapp 60 Prozent der relevanten Patente.

4.5 **Potentiale bei der Erforschung künstlicher Intelligenz nutzen**

Investitionen in eine leistungsfähige Forschungslandschaft mit innovativen Hochschulen und Instituten und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sollen die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Ansiedlung und Neugründung von zukunftsfähigen Unternehmen fördern.

Für viele Branchen ist „Künstliche Intelligenz“ (KI) eine Schlüsseltechnologie. Die deutsche Wirtschaft darf hier nicht den Anschluss verlieren. Gerade Rheinland-Pfalz hat dafür besonders gute Voraussetzungen: In Kaiserslautern ist das international hoch renommierte Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz (DFKI) angesiedelt, dessen Kompetenz der Wirtschaft zum beiderseitigen Gewinn umfassend bekannt gemacht werden muss.

4.6 **Infrastruktur flächendeckend ausbauen, ländlichen Raum stärken**

Eine leistungsfähige Verkehrs- und Dateninfrastruktur sowie eine erschwingliche und zuverlässige Energieversorgung sind Voraussetzungen für die Gründung, Ansiedlung und die Arbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen und damit wichtige Faktoren für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz läuft auch hier dem Bundesdurchschnitt hinterher.

Die AfD möchte die Mittel für den Landesstraßenbau erhöhen und die Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) ausweiten. Mobilfunk, 5G, Glasfaserverbindungen und der bislang klägliche Stand der Digitalisierung müssen durch eine zu gründende Digitalagentur zentral vorangetrieben und koordiniert werden. Der neue Mobilfunkstandard 5G bietet insbesondere im Bereich der Maschinenkommunikation zahlreiche neue Möglichkeiten für Wirtschaft und Verbraucher. Zur Senkung der Energiepreise und Stabilisierung der Stromnetze fordert die AfD die Abschaffung der EEG-Umlage.

Wir müssen darauf achten, dass die großflächigen ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz nicht abgehängt werden. Dazu sind sie zunächst von allzu oft dem Subsidiaritätsprinzip widersprechenden Einmischungsversuchen und Bevormundungen aus Brüssel und Berlin zu befreien.

Gerade unsere strukturschwachen Regionen brauchen mehr Perspektive. Vorbildhaft könnte eine von der AfD wiederholt vorgeschlagene „Sonderwirtschaftszone Westpfalz“ wirken.

Ganz allgemein sollte ein Fokus auf der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der strukturschwachen Regionen in Rheinland-Pfalz liegen. Ihre wirtschaftliche Attraktivität ist voranzubringen, indem bestehende Abwärtsspiralen durch entsprechende Programme durchbrochen, Unternehmen gezielt aktiviert und steuerliche Anreize sowie Prämien gewährt werden. Dieses letztlich auf eine Hilfe zur Selbsthilfe abzielende Instrumentarium sollte angesichts des Ausmaßes der derzeitigen ökonomischen und sozialen Probleme auch die zielgerichtete Schaffung neuer Arbeitsplätze beinhalten.

4.7 **Mittelstandsförderung ist uns ein Herzensanliegen**

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Mittelständische Unternehmen erwirtschaften die Hälfte aller Umsätze in Rheinland-Pfalz und stellen die Masse der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie zahlen die Mehrheit der Gewerbesteuern, sind standorttreu und oft in ihren Heimatorten sozial engagiert. Die AfD möchte ihre Tätigkeit durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und eine unternehmerfreundliche Verwaltung mit kurzen Wegen unterstützen und ihnen bei der Gewinnung von Fachkräften helfen. Wir müssen als Teil einer Mittelstandsförderung die Schwelle für eine europaweite Ausschreibung von Leistungen aller Art deutlich anheben.

4.8 **Bürokratie abbauen, Unternehmen und Verbraucher entlasten**

Bürokratische Vorgaben und immer mehr auch ausufernde Ausschreibungsbedingungen bei staatlichen Aufträgen erdrosseln unsere Wirtschaft. Dem muss systematisch gegengesteuert werden. Wir wollen eine maximale Bearbeitungszeit für Anträge festlegen und die Ausschreibungsbedingungen vereinfachen.

Als AfD stehen wir außerdem für eine dringend erforderliche steuerliche Entlastung von Unternehmen und Bürgern: Bei der Steuerbelastung der Unternehmen liegt Deutschland innerhalb der EU auf Platz 3, bei den Bürgern sind wir mittlerweile sogar Steuerweltmeister. In 15 Jahren Merkel-Regierung hat sich Deutschland in puncto Steuer- und Abgabenlast auf Platz 1 unter allen OECD-Ländern katapultiert.

Wir fordern daher eine Reform der Unternehmensbesteuerung, eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer um vier Prozentpunkte sowie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Damit stärken wir die Kaufkraft und den Konsum unserer Haushalte und letztlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

4.9 **Fachkräftemangel bekämpfen, berufliche Bildung und Weiterbildung stärken**

Der technologische Umbruch wird die Arbeitswelt verändern – neue Berufe entstehen und andere fallen perspektivisch weg. Die Landespolitik muss diesen Prozess begleiten, indem sie die Qualifizierung von Arbeitnehmern fördert.

Ein besonderes Problemfeld ist der Fachkräftemangel in Ausbildungsberufen. Dieser kann nicht durch unqualifizierte Masseneinwanderung beseitigt werden. Stattdessen muss die Überakademisierung zugunsten der beruflichen Bildung zurückgedreht werden. Als wichtigen Beitrag dazu fordern wir die vollständige Kostenfreiheit der Meisterausbildung. Auf lange Sicht ist eine endogene Deckung des Fachkräftebedarfs durch eine aktivierende Familienpolitik anzustreben.

4.10 **Negativzins bekämpfen, Kreditwirtschaft und Sparer schützen**

Die dauerhaften Null- und Negativzinsen erschweren die Altersvorsorge und beeinträchtigen massiv das Geschäftsmodell der Regionalbanken. Damit schaden sie letztlich auch der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Die Bürger wiederum erleiden gigantische Wohlstandsverluste durch eine schleichende Entwertung ihrer Guthaben und Kapitalversicherungen. Die AfD setzt sich deshalb auf allen Ebenen für eine Beendigung der EZB-Negativzinspolitik ein, engagiert sich gegen die von Brüssel betriebene Überregulierung auch von Regionalbanken und gegen die Pläne der EU zur Einrichtung einer Bankenhaftungsunion.

Eine Trendwende im Zinsniveau ist langfristig – insbesondere aufgrund der Entscheidungen von EU und EZB – nicht zu erwarten. Deswegen möchte die AfD neue finanzpolitische Wege gehen und den Erwerb von Unternehmensanteilen durch Arbeitnehmer erleichtern und fördern. Diese würden so zu Miteigentümern ihrer Betriebe und Teilhabern am Unternehmenserfolg.



BILDUNG UND HOCHSCHUL- POLITIK

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



5 BILDUNG UND HOCHSCHULPOLITIK

5.1 Niveauperlust stoppen, Rheinland-Pfalz für die Zukunft rüsten

Drei Jahrzehnte linke Bildungspolitik erfordern eine Kurskorrektur. Die Schule soll auf das Leben vorbereiten, deshalb fordern wir die Rückkehr zu Leistung und Verantwortung. Noten müssen wieder Wegweiser sein und die Leistung ohne Wenn und Aber anzeigen. Notenwahrheit ist nicht Hindernis, sondern Ausgangspunkt und Grundlage jeder Verbesserung und Leistungssteigerung.

Die alarmierenden Ergebnisse der jüngsten IQB-Bildungsstudien sind kein Zufall! In Mathematik blieben die rheinland-pfälzischen Neuntklässler unter dem Bundesdurchschnitt, satte 60 Prozent verfehlten den Regelstandard. Rund ein Viertel der Viertklässler genügte in der Rechtschreibung nicht dem Mindeststandard, ist beispielsweise nicht in der Lage, Wörter wie Mama, Milch und Mond in der richtigen alphabetischen Reihenfolge zu ordnen. In der Grundschule wollen wir die volle Konzentration auf die wesentlichen Kulturtechniken, also Lesen, Schreiben, Rechnen und Zuhören. Den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule lehnen wir deshalb ab.

5.2 **Wiederherstellung einer leistungsstarken Realschule**

Die Abschaffung der Hauptschule war ein Fehler. Die mit der Hauptschule verbundenen Probleme sind nicht verschwunden, sie haben sich nun auf die Realschule plus verlagert. Damit wurde das Erfolgsmodell der Realschule beseitigt. Unsere Betriebe, die leistungsstarken Nachwuchs brauchen, sind seit Jahren unzufrieden mit der Qualität vieler Absolventen der Realschule plus.

Wir wollen deshalb die Einrichtung eines neuen dreigliedrigen Schulsystems. Dabei geht es nicht um eine Rückkehr zur Hauptschule, sondern vielmehr um eine Differenzierung der Realschule plus in eine Realschule sowie eine Handwerks- und Gewerbeschule (HGS).

Die HGS soll als berufs- und grundlagenorientierte Schulform einschließlich zahlreicher Praktika nach 9 Jahren zur Berufsreife führen. Damit kann sie einen wesentlichen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten. Die Realschule dagegen endet als allgemeinbildende und zugleich berufsorientierte Schulform nach 10 Jahren mit dem Sekundarabschluss I und der Berechtigung zum Besuch weiterführender Schulen (z.B. Fachschulen oder Beruflicher Gymnasien). In beiden Schulformen sind verbindliche Abschlussprüfungen durchzuführen. Die bisher

in der Realschule angegliederte Oberstufe entfällt, um eine klare Trennung zum Gymnasium herzustellen und so eine mehr leistungshomogene Schülerschaft zu erzielen.

Das Gymnasium selbst soll stärker als bisher der Vorbereitung auf ein Studium dienen. Dementsprechend müssen Fachwissenschaft und das Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens im Vordergrund stehen. Das Abiturniveau ist dahingehend zu steigern, dass es wieder die faktische Studierfähigkeit garantiert.

5.3 **Besuch des Regelunterrichts nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen**

Aktuell leiden alle Schüler unter der Regelung, Kinder mit Migrationshintergrund sofort in den Regelunterricht einbinden zu müssen: diejenigen mit unzureichenden Deutschkenntnissen ebenso wie die einheimischen Kinder – und damit leidet natürlich auch das Niveau des Unterrichts insgesamt. Wir fordern deshalb, eigene Deutschklassen für Schüler einzurichten, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen, und das dafür notwendige Lehrpersonal mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ auszubilden und bereitzustellen. Nur wer nachweislich gut deutsch spricht und schreibt, soll am Regelunterricht teilnehmen können.

5.4 **Inklusion mit Augenmaß**

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit Schulen angewiesen, beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Schüler auch dann ausnahmslos und in allen Fächern gemeinsam zu unterrichten, wenn das aus Sicht der verantwortlichen Lehrer für die Betroffenen nachteilig war. Eine solche ideologisch motivierte Politik, die die wirklichen Bedürfnisse der Kinder ignoriert, lehnen wir ab. Inklusion kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit Vernunft und Augenmaß betrieben wird.

Das Konzept einer totalen Inklusion im Sinne eines ausnahmslosen gemeinsamen Lernens aller Kinder, unabhängig von ihren sozialen, intellektuellen und körperlichen Voraussetzungen, ist nicht sinnvoll. Auch nicht beeinträchtigte Schüler haben ein Recht auf bestmögliche Förderung. Bei sämtlichen Inklusionsmaßnahmen muss daher das Wohl aller Schüler berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, vielfältige Formen der Inklusion zu ermöglichen, zum Beispiel die Unterbringung „unter einem Dach“, also in einem gemeinsamen Schulzentrum, aber in getrennten Klassen. Stets gilt es, die Perspektive sämtlicher beteiligter Gruppen (beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Schüler, Eltern, Lehrer, Schulen und Steuerzahler) zu berücksichtigen. Nicht zuletzt muss das Förderschulwesen gestärkt werden, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche berufliche Zukunft der Förderschulabgänger sind zu optimieren.

5.5 ***Kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung***

Der Fachkräftemangel nimmt inzwischen Ausmaße an, die unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unseren Wohlstand gefährden. Dessen ungeachtet treibt die Landesregierung die Öffnung der Hochschulen voran, um die Studentenzahlen noch weiter zu erhöhen. Sie will nicht sehen, dass sich das duale System und die Hochschulen faktisch in einer Konkurrenzsituation befinden.

Unser Alternativkonzept gründet demgegenüber auf der Erhöhung der Attraktivität berufsbildender Schulen durch eine bessere Unterrichtsversorgung, der Akzeptanz niedrigerer Studentenzahlen sowie der gleichen Wertschätzung für nicht-akademische Bildungs- und Berufswege wie für akademische Laufbahnen. Deshalb müssen Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung endlich vollständig kostenfrei sein.

5.6 **Leistungsstarke Hochschulen statt verschulter Massenunis**

Die rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen sind ein Motor von Wissenschaft und Forschung und damit der Innovations- und Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Als solches müssen sie auskömmlich finanziert werden, was auch angesichts der zusätzlichen Herausforderungen durch die laufenden Strukturreformen der Universitätsstandorte Koblenz, Kaiserslautern und Landau bei weitem nicht der Fall ist.

Größerer Investitionsbedarf besteht aus Sicht der AfD in der Modernisierung und Erweiterung der Bausubstanz, beim Breitbandausbau, in der noch deutlicheren Zurückdrängung unsozialer akademischer Zeitverträge, der Erweiterung der Stellen im akademischen Mittelbau sowie bei der Förderung von Spitzenforschung etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Einsparpotentiale sehen wir vor allem in einer Verringerung der Studentenzahlen, was durch eine konsequente Einforderung von Studierfähigkeit und gegebenenfalls hochschuleigene Zugangsprüfungen zu erzielen wäre.

5.7 **Breite Öffnung der Hochschulen ist ein Irrweg**

Die von der Regierung im Zuge einer gesellschaftspolitisch breit angelegten Überakademisierung seit langem betriebene weitgehende Öffnung der Hochschulen auch für junge Leute ohne Abitur und ohne Berufspraxis ist ein fataler Irrweg. Statt kostspieliger Massenunis mit massiven Verschulungstendenzen und wachsenden Niveauverlusten bzw. daraus resultierenden „Brückenkursen“ strebt die AfD eine Exzellenzoffensive an.

Anstelle europaweiter Angleichungen der Hochschulen im Gefolge des 1999 gestarteten „Bologna-Prozesses“ fordern wir eine Besinnung auf die großen Traditionen Humboldtscher Bildungspolitik. Die grundlegende Änderung des bewährten deutschen Studiensystems durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen war ein Missgriff und muss in Richtung einer Wiederanknüpfung an die einst so angesehenen Abschlüsse Diplom, Magister und Staatsexamen berichtigt werden.

5.8 **Mehr Freiheit statt Ideologisierung akademischer Diskurse**

Den verhängnisvollen Entwicklungen der Ideologisierung und einseitigen Politisierung unserer Hochschulen und der akademischen Diskurse muss ebenso ein Ende gesetzt werden wie Geschlechterquotierungen und Genderlehrstühlen. Als große Probleme sehen wir weiterhin die Zurückdrängung der deutschen Landessprache in Wissenschaft und Lehre, die überbordende Bürokratie etwa bei der Einwerbung von Drittmitteln sowie die im Zuge des neuen Hochschulgesetzes geplante umfassende Beseitigung von Präsenzpfllichten in Vorlesungen und Seminaren.

Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung, den vielfach zu beobachtenden Missbrauch der studentischen Selbstverwaltungsorgane für Zwecke der ideologischen Indoktrination zu beenden. Gegebenenfalls sollte die Mitgliedschaft der Studenten in der „Studierendenschaft“ im Hochschulgesetz nicht mehr zwangsweise verordnet werden, sondern auf Freiwilligkeit beruhen.



**GESUNDHEIT
UND
PFLEGE.**

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



6 GESUNDHEIT UND PFLEGE

6.1 *Ärztmangel entgegenwirken, Krankenhäuser auskömmlich finanzieren*

Das Gesundheitssystem ist integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge, die der Staat zu gewährleisten hat. Unsere Bürger haben daher ein Anrecht auf eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Auch und gerade in einer alternden Gesellschaft darf es keine Rationierung von Gesundheitsleistungen geben.

Dabei ist die Sicherstellung einer hochwertigen stationären, ambulanten und geburtshilflichen Versorgung angesichts des zunehmenden Ärztemangels nur mit einer drastischen Erhöhung der Medizinstudienplätze und einer auskömmlichen Investitionsförderung der Kliniken zu gewährleisten.

Aus Kostengründen werden immer mehr Krankenhäuser in ländlichen Gebieten geschlossen, insbesondere Geburtshilfe- und Kinderstationen werden abgebaut. Die Investitionsfördermittel des Landes für die Kliniken decken nur zur Hälfte deren tatsächliche Investitionskosten und müssen dringend dem Bedarf der Kliniken angepasst werden.

6.2 **Ambulante und stationäre Versorgung sichern, Wartezeiten verringern, Versorgung verbessern**

Unsere Ärzte müssen sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: die Hinwendung zum Patienten ohne Zeitdruck. Es muss endlich Schluss sein mit monatelangen Wartezeiten auf eine Facharztbehandlung, der Behinderung ärztlicher Schaffenskraft durch überbordende Bürokratie und einer Deckelung des ärztlichen Honorars trotz ständig erweiterter Anforderungen.

Die Hälfte der niedergelassenen Ärzte geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Gleichzeitig ist die Motivation zum Führen einer eigenen Praxis nach Studium und Facharztausbildung unter den bestehenden Rahmenbedingungen ebenso gering wie die Bereitschaft zu einer längeren Berufsausübung über die übliche Altersgrenze hinaus.

Um dies zu ändern, ist insbesondere die zunehmend gefährdete ärztliche Versorgung im ländlichen Raum stärker zu fördern. Wenn man jungen Ärzten Lust aufs Land machen will, dann müssen sie attraktive Bedingungen vorfinden. Dabei kommt auch der ländlichen Strukturpolitik (Verkehrs-, Bildungs-, und Apothekeneinrichtungen, Breitbandausbau etc.) eine enorme Bedeutung zu.

Die öffentliche Hand bleibt in der Pflicht, eine leistungsfähige Krankenhaus-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Das schließt eine Trägervielfalt keineswegs aus. Allerdings darf das Gesundheitswesen nicht zum Spielball erwerbswirtschaftlich orientierter (internationaler) Konzerne werden.

Darüber hinaus fordern wir den Ausbau von Arztpraxen bzw. Polikliniken mit angestellten Ärzten, auch in Trägerschaft der Kommunen, sowie mehr Medizin-Studienplätze, denn es fehlen Ärzte in Kliniken, in der Geburtshilfe und in den Praxen. Die Telemedizin bietet neue Perspektiven, sie ist jedoch aus Sicht der AfD nur als Ergänzung zum klassischen Arzt-Patienten-Gespräch sinnvoll.

Darüber hinaus braucht es unbedingt Planungssicherheit und individuell auskömmliche Finanzierung für Krankenhäuser und Kliniken. Wir wollen keinen weiteren Bettenabbau, und der aktuelle Klinikahlschlag muss beendet werden. Ziel ist der Erhalt bzw. die Schaffung einer am Patientenwohl ausgerichteten und wohnortnahen stationären Versorgung mit zeitgemäßen, über modernste Infrastruktur verfügenden Krankenhäusern. Für den Fall möglicher Epidemien und Großschadensereignisse sind ausreichend Bettenkapazitäten und Klinikinfrastruktur vorzuhalten.

6.3 **Geburtshilfe stärken**

Angesichts steigender Geburtenzahlen darf es keine weitere Schließungen von Geburtskliniken geben. Wir brauchen eine gut erreichbare, qualitativ hochwertige geburtshilfliche Versorgung, gerade auch in den ländlichen Regionen unseres Landes. Dazu möchten wir Hebammengeleitete Kreißsäle in Rheinland-Pfalz fördern. Zudem müssen Hebammen bei ihren Versicherungsprämien dringend entlastet werden, um die Attraktivität ihres Berufes auch finanziell zu sichern.

6.4 **Flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleisten**

Für die Gewährleistung einer flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln müssen insbesondere die kleinen Apotheken vor Ort erhalten bleiben. Gerade für strukturschwache Regionen ist das von großer Bedeutung, da die Apotheke oder der Arzt im Ort einen Standortvorteil bedeuten und so zu den wesentlichen Voraussetzungen einer guten Strukturpolitik gehören. Lieferengpässe und Versorgungslücken sind unbedingt zu vermeiden.

Ebenso wichtig ist die Sicherstellung hoher Qualitätsstandards bei der Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten. Daher fordern wir, ausreichend Personal

für das für die Überwachung der Wirkstoff- und Arzneimittelproduktion verantwortliche Landesamt bereitzustellen. Gleichzeitig sollten Anreize zur Produktion der Arzneimittel in Deutschland oder in Ländern der Europäischen Union geschaffen werden, um die Abhängigkeit von weltweiten Lieferketten zu verringern.

Außerdem ist es von höchster Bedeutung, die derzeit bestehenden „Rabattvertragsregelungen“ abzuschaffen. Die derzeitige „Reimportquote“ von Arzneimitteln ist ebenso abzulehnen, da ein ständiger Präparatewechsel einer gleichmäßigen, sicheren Arzneimitteleinnahme zuwiderläuft.

6.5 **Pflegekräfte-Nachwuchs sicherstellen**

Die Qualität unserer Pflegearbeit wird durch einen zunehmenden Fachkräftemangel bedroht. Gerade im Hinblick auf die alternde Bevölkerung ist dies eine dramatische Entwicklung. Um dem zu begegnen fordern wir einen Flächentarifvertrag für alle Pflegekräfte, der eine angemessene Bezahlung sichert und auch die Nacht-, Feiertags- und Wochenenddienste umfasst.

Außerdem tritt die AfD für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ein und strebt eine gezielte Förderung und Finanzierung der Umschulung von Pflegehilfskräften zu examinierten Pflegefachkräften durch das Arbeitsamt

an. Die Pflegeberufe müssen stärker und kontinuierlich beworben werden – durch Broschüren in Kliniken, Arztpraxen, Bibliotheken und Rathäusern, aber auch durch spezielle Medienkampagnen etwa mittels Kurzclips in Funk und Fernsehen.

6.6 *Pflegende Angehörige stärker unterstützen*

Nach wie vor wird die meiste Pflegearbeit zuhause geleistet. Pflegende Angehörige stellen mit 75 Prozent den größten Pflegedienst Deutschlands dar. Dadurch entlasten sie nicht nur den Markt für Pflegefachkräfte, sondern ersparen Staat und Pflegeversicherungen sehr viel Geld. Dennoch findet diese, von unseren Familien erbrachten Leistung, keine gerechte Anerkennung. Wir möchten daher das Pflegegeld bei häuslicher Pflege durch Angehörige an die Pflegesachleistungen der Pflegedienste angleichen. Die häusliche Pflege wollen wir mit einem jährlich zu zahlenden Landeszuschuss zum Pflegegeld unterstützen. Die Höhe dieses Zuschusses soll der Höhe eines monatlichen Pflegegeldes des jeweils Pflegebedürftigen entsprechen.

6.7 **Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern**

Nach einer Krankenhausbehandlung müssen Patienten ohne häuslichen Anschluss wegen fehlender Heimplätze oft länger im Krankenhaus verweilen. Um die notwendige pflegerische Versorgung sicherzustellen und gleichzeitig eine Mehrbelastung der Kliniken zu verhindern, fordern wir die Einrichtung von Kurzzeitpflegeplätzen in Krankenhäusern.

Steigende Heimkosten bedeuten für viele Pflegebedürftige eine hohe finanzielle Belastung. Damit Pflege nicht zum Armutsrisiko wird, wollen wir den im Pflegesatz enthaltenen erheblichen Investitionskostenanteil halbieren.

Um unsere Pflegekräfte zum Wohle der Pflegebedürftigen zu entlasten, fordern wir weiterhin einen Abbau überbordender Bürokratie sowie den Einsatz modernster Technologien. Dabei setzen wir uns für einen ausgewogener Mix aus Pflegepersonal, Pflegehelfern und Assistenzsystemen ein.



ASYL UND MIGRATION

Frischer Wind statt heiße Luft!



7 ASYL UND MIGRATION

7.1 Verfolgte schützen, Betrüger und Kriminelle abschieben, Rückkehrperspektiven schaffen

Zuwanderung braucht klare Regeln und zuverlässige Kontrolle durch Behörden und Gerichte, insbesondere im Asylbereich. Dabei gilt: „Asyl ist Schutz auf Zeit für wirklich Hilfsbedürftige und politisch Verfolgte“. Diesem seit 2015 von den Regierungsverantwortlichen bewusst ausgehebelten Grundsatz muss endlich wieder Geltung verliehen werden.

Deshalb fordern wir: abgelehnte Asylbewerber ohne Bleiberecht und straffällige Ausländer sind konsequent abzuschicken. Die Duldung Ausreisepflichtiger muss eine Ausnahme bleiben und darf auf keinen Fall zum steuerfinanzierten Langzeitaufenthalt führen.

Ähnliches gilt für rechtmäßig anerkannte Schutzsuchende. Ein Asylstatus begründet keine dauerhafte Niederlassung in Deutschland. Wir fordern deshalb ein aktives Rückkehrmanagement, das Flüchtlinge von Beginn an auf ihre notwendige Heimkehr vorbereitet und diese vollzieht, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

7.2 **Armutszuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen – Fehlanreize minimieren**

Deutschland ist seit Jahren ein Magnet für illegal einreisende Armuts- und Wirtschaftsmigranten aus aller Welt, die überwiegend in unsere Sozialsysteme strömen und dort verbleiben. Das liegt an finanziellen Fehlanreizen und nahezu unbeschränkten Zugangsmöglichkeiten.

Zum Schutz unseres Sozialstaates fordern wir Vor-Ort-Hilfen in den Herkunftsländern, eine effektive Bekämpfung der Schlepperkriminalität und regelmäßige Grenzkontrollen sowie schnelle Asylverfahren mit konsequenter Durchsetzung der getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen durch unsere Behörden. Einer festgestellten Ausreisepflicht sollte auch mit Leistungskürzungen Nachdruck verliehen werden.

Für Rheinland-Pfalz wollen wir Sach- statt Geldleistungen für Flüchtlinge, eine strikte Begrenzung des Familiennachzugs und flächendeckende medizinische Alterstests bei jungen Asylzuwanderern, um Betrug zu verhindern.

7.3 ***Kosten für Steuerzahler transparent machen***

In Rheinland-Pfalz leben bereits mehr als 80.000 Asylzuwanderer. Die dadurch entstehenden jährlichen Kosten für die öffentliche Hand belaufen sich auf schätzungsweise über eine Milliarde Euro. Eine genaue Kostenermittlung ist nicht möglich, weil die hierfür benötigten Statistiken fehlen und die Finanzierung häufig undurchsichtig ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Krise ist dies eine enorme Zusatzbelastung für unsere Steuerzahler. Die Asylzuwanderung ist deshalb – wie oben beschrieben – auf das verfassungsrechtlich und gesetzlich Gebotene zu begrenzen. Zudem fordern wir maximale Kostentransparenz durch die Einführung einer digitalen Aufenthalts- und Sozialleistungsakte für jeden Asylzuwanderer.

7.4 ***Mut zu deutscher Identität: Integration verbindlich einfordern***

Deutschland ist nicht nur ein Staatsgebilde, sondern vor allem eine Kultur- und Wertegemeinschaft, die demokratisch, rechtsstaatlich und christlich-europäisch geprägt ist. Die Anerkennung dieser grundlegenden Werte von Zuwanderern und Migrant*innen verbindlich einzufordern, ist Voraussetzung jeder Integration.

Staatlich finanzierte Eingliederungsmaßnahmen sind nur dann sinnvoll und legitim, wenn eine rechtmäßige Bleibeperspektive besteht. Dabei haben Zuwanderer hinsichtlich ihrer Integration eine Bringschuld gegenüber unserer Gesellschaft.

Um unsere deutsche Identität für Einheimische, aber auch für gut integrierte Zuwanderer zu bewahren, muss einer fortschreitenden Multikulturalisierung, radikalen Islamisierungstendenzen sowie der weiteren Herausbildung von Parallelgesellschaften entschieden entgegen getreten werden.

7.5 **Abwanderung deutscher Fachkräfte reduzieren – qualifizierte Zuwanderung aufwerten**

Eine ungesteuerte Masseneinwanderung löst weder den Fachkräftemangel unserer Wirtschaft noch die demographischen Herausforderungen der Zukunft. Im Gegenteil: Bestehende Probleme werden dadurch weiter verstärkt, Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur beschleunigt. Schon heute haben 45 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Rheinland-Pfalz einen Migrationshintergrund. An manchen Grundschulen im Land beträgt dieser Anteil bereits 80 Prozent und mehr, was häufig zu einer massiven Erschwerung des Unterrichts führt.

Anstatt Millionen weitgehend ungelernter Asyilmigranten ins Land zu holen, wollen wir deutschen Leistungsträgern und hochqualifizierten Ausländern – insbesondere aus uns kulturell nahestehenden Regionen – bessere Arbeits- und Lebensperspektiven für sich und ihre Familien in Deutschland bieten. Dafür braucht es Lohn- und Steueranreize sowie Abgabentlastungen für Familien mit Kindern. Deutschstämmigen im Ausland sollten überdies besondere Rückkehrmöglichkeiten eröffnet werden.



INNERES

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



8 INNERES

8.1 Für anlassbezogene Grenzkontrollen und die Einführung einer eigenen Grenzpolizei

Der Schutz eines Landes beginnt an seiner Grenze. Rheinland-Pfalz hat zu drei Ländern eine Außengrenze, die eine Gesamtlänge von mehreren hundert Kilometern umfasst. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass Grenzkontrollen möglich und durchführbar sind. Dass sie auch notwendig sind, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten, belegen Zahlen und Fakten. So hat Rheinland-Pfalz beispielsweise ein großes Problem mit der Einfuhr von illegalen Betäubungsmitteln und Waffen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, sporadische und anlassbezogene Grenzkontrollen/Schleierfahndungen an den rheinland-pfälzischen Außengrenzen einführen sowie eine rheinland-pfälzischen Grenzpolizei aufzubauen, deren Kompetenzbereiche in Absprache mit dem Bundesinnenministerium festzulegen sind. Unsere Landespolizei muss nach Ansicht der AfD zur Unterstützung für Bundespolizeikräfte künftig auch an der Grenze und im Rahmen der Schleierfahndung eingesetzt werden.

8.2 **Polizei personell, materiell und ideell stärken**

Unsere Polizei hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als eine zuverlässige Bürgerpolizei bewährt, die ihre verantwortungsvolle und gefährliche Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Sicherheit wirksam und als „Freund und Helfer“ wahrnimmt. Dabei steht die Würde des Menschen im Mittelpunkt ihrer Arbeit – ganz im Sinne ihres Amtseides auf das Grundgesetz. All das verdient eine entsprechend große Würdigung in der Öffentlichkeit.

Leider haben das Gefährdungspotenzial für unsere Polizei und die Gewalt gegen unsere Sicherheitskräfte in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Aus dem Bundeslagebild geht hervor, dass die Zahl der Angriffe gegen Ordnungshüter im Bundesgebiet 2019 um 8,6 Prozent gestiegen ist. Gerade vor diesem Hintergrund entspricht es der Fürsorgepflicht des Landes als Dienstherr, eine angemessene Besoldung und Gesundheitsversorgung seiner Beamten sicher zu stellen. Deshalb fordern wir die Einführung einer optionalen freien Heilfürsorge für Polizeibeamte, die Dynamisierung der Gehälter sowie die Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulagen. Die Zahl der Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz ist auf mindestens 10.000 zu erhöhen. Außerdem verlangen wir einen Regenerationsplan für die zum Teil veraltete Flotte unserer Wasserschutzpolizei.

8.3 **Feuerwehren: schnellere Beförderungsmöglichkeiten und Rentenpunkte für ehrenamtliche Dienste**

Unsere Feuerwehren sind ein wichtiger Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Sie leisten täglich vielfältige und mit erheblichen Gefährdungen verbundene Aufgaben für unsere Gesellschaft. Daher möchten wir als AfD die Arbeit der Berufsfeuerwehren durch bessere Bezahlung und Gesundheitsfürsorge stärker honorieren als bisher. Auch die Attraktivität des ehrenamtlichen Dienstes bei den Freiwilligen Feuerwehren soll durch geeignete Maßnahmen gestärkt werden.

Im Einzelnen fordern wir die Einführung einer optionalen freien Heilfürsorge für Feuerwehrbeamte, eine Dynamisierung der Gehälter, die Einführung einer ruhegehaltsfähigen Zulage für ausgebildete Rettungssanitäter in Höhe von 150 Euro und die Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulage.

Darüber hinaus tritt die AfD für schnellere Beförderungsmöglichkeiten für die Gehaltsstufe A7 (Brandmeister) auf A8 (Oberbrandmeister) und A9 (Hauptbrandmeister) durch Anhebung der Stellenzahlen im gehobenen Dienst ein. Außerdem streben wir die Anerkennung des Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr in Form von Rentenpunkten an und möchten das Thema „Freiwillige Feuerwehr“ in den

Lehrplänen der Klassenstufen 4 bis 8 verankern. Privaten Arbeitgebern sind aus unserer Sicht bei Personalausfällen aufgrund ehrenamtlicher Feuerwehrdienste nicht nur die Lohnkosten, sondern auch die Umsatzausfälle zu ersetzen.

8.4 Kommunale Ordnungsdienste endlich aufwerten

Die Situation der Kommunalen Ordnungsdienste im Land ist prekär. Für sie gibt es weder ein einheitliches Berufsbild noch eine einheitliche Ausrüstung. Trotz ihres umfangreichen Einsatzgebietes und der Ihnen übertragenen verantwortungsvollen und komplexen Aufgaben besteht ihre Ausbildung aus einem maximal 10-wöchigen Lehrgang. Sie verdienen wenig, sind schlecht abgesichert, nur dürftig ausgerüstet und verfügen zum Teil über unzureichende Befugnisse. Dies muss sich grundlegend ändern und dazu bedarf es insbesondere einer besseren Finanzausstattung unserer Kommunen.

Im Einzelnen fordern wir ein einheitliches Berufsbild der kommunalen Ordnungsdienste und die landesweite Vereinheitlichung ihrer einsatz- und lageorientierten Ausbildung – mit einer Dauer von mindestens zwei Jahren und einer Ausbildungsvergütung analog zu Polizei und Justiz.

Des Weiteren treten wir für die Entwicklung eines einheitlichen Systems bei der Ausrüstung sowie für die Angleichung der Erschwerniszulagen an die Polizei ein.

8.5 **Schweren Dienst der Justizvollzugsbeamten anerkennen**

Auch die Arbeit unserer Justizvollzugsbeamten ist mit einem erheblichem Gefährdungspotenzial verbunden: steigende Gefangenenzahlen bei einem Ausländeranteil von über 30 Prozent, vermehrte Gewalt gegen Vollzugsbeamte und Zunahme psychisch auffälliger Gefangener mit zum Teil schweren Persönlichkeitsstörungen und hohem Aggressionsverhalten.

Angesichts dessen sehen wir als AfD die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Justizvollzugsanstalten umfassend zu verbessern. Unsere Forderungen lauten deshalb: Einführung einer optionalen freien Heilfürsorge für Justizvollzugsbeamte, Dynamisierung der Gehälter, Einführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulagen sowie schnellere Beförderungsmöglichkeit durch mehr Stellen im gehobenen und mittleren Justizvollzugsdienst.

8.6 **Linksextremismus unabhängig bekämpfen**

Während es in Rheinland-Pfalz mehrere Präventiv- und Aussteigerprogramme für den Bereich des Rechtsextremismus und des religiös motivierten Extremismus gibt, existieren keinerlei vergleichbare Programme für den Linksextremismus.

Die Landesregierung sieht hier offensichtlich kein Bedrohungspotential. Im Gegenteil: Mandatsträger und sogar Minister von SPD und Grünen treten immer wieder gemeinsam öffentlich mit der vom Verfassungsschutz beobachteten „Antifa“ auf. Dabei müsste es der selbstverständliche Anspruch einer Landesregierung sein, gegen alle Formen des Extremismus entschieden vorzugehen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, die „Antifa“ endlich stärker in den Fokus des Verfassungsschutzes zu nehmen und die (zum Teil indirekte) Finanzierung linksextremistischer Verbände mit Landesmitteln unverzüglich und vollständig einzustellen.

Zur besseren Wahrung der Neutralitätspflicht muss der Landesverfassungsschutz aus dem rheinland-pfälzischen Innenministerium ausgegliedert und in eine eigenständige Behörde umgewandelt werden. Diese hat jede Form extremistischer Betätigung entschieden zu bekämpfen!

8.7 **Polizeiliche Kriminalstatistik ungeschminkt ausgestalten**

Ziel der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sollte es sein, ein umfassendes und ungeschminktes Bild der Verbrechenslage in unserem Land zu vermitteln. Diesem Ziel wird die aktuelle PKS in Teilen nicht gerecht. So werden zum Beispiel Tatverdächtige unabhängig von ihrem Geburtsort, weiteren Staatsangehörigkeiten oder ihrer kulturellen oder religiösen Präferenzen immer dann als Deutsche gezählt, wenn sie (auch) über eine deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.

Beleidigungen und Gewalt gegen Polizeibeamte, die in den letzten Jahren insbesondere durch linksradikale und migrantische Täter zugenommen haben, tauchen in dieser Statistik erst gar nicht auf. Gleiches gilt für das Tatwerkzeug „Messer“, obwohl auch hier steigende Fallzahlen zu verzeichnen sind. Daher fordern wir, das Tatmittel „Messer“ umgehend in die polizeiliche Kriminalstatistik aufzunehmen, die Nationalität von Tätern klar zu benennen und Doppelstaatsbürgerschaften separat zu erfassen.

Außerdem müssen Gewalttaten jeglicher Art gegenüber Polizeibeamten in die PKS aufgenommen werden: tätliche Angriffe ebenso wie Spuckattacken oder Beleidigungen.

8.8 **Bessere Rahmenbedingungen für Einsätze im Katastrophenschutz**

Mitglieder von Katastrophenschutz und ehrenamtlichen Einheiten der „Blaulichtfamilie“ müssen für Einsätze und Ausbildungsmaßnahmen vom Arbeitgeber freigestellt werden. Aufgrund der damit verbundenen Arbeits- und Umsatzausfälle für die Betriebe kommt es zunehmend zu Einstellungsproblemen oder beruflichen Schwierigkeiten für die hier engagierten Menschen, die sich letztlich auch negativ auf die Motivation zum Ehrenamt auswirken.

Um dem entgegen zu wirken, fordern wir, im rheinland-pfälzischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz die Entschädigungsverordnung so zu verändern, dass freistellende Betriebe vollumfänglich entsprechend ihres Umsatzausfalls entschädigt werden. Außerdem ist zu prüfen, ob analog zum Behindertengleichstellungsgesetz von Kommunalverwaltungen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen die Einstellung einer bestimmten Anzahl von Mitarbeitern verlangt werden kann, die für solche ehrenamtlichen Aufgaben freizustellen sind.

8.9 **Lückenloses Bädernetz muss Schwimmfähigkeit unserer Kinder ermöglichen**

Aufgrund eines riesigen Sanierungsbedarfs und des Fehlens der dafür erforderlichen Finanzmittel werden derzeit in vielen rheinland-pfälzischen Kommunen die Schwimmbäder geschlossen. Immer größere Lücken im Bädernetz sind die Folge. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Schwimmfähigkeit unserer Kinder. Nach Angaben des DLRG muss ein Kind aktuell bis zu drei Jahre auf einen Platz in einem Schwimmkurs warten. Hinzu kommen, insbesondere in ländlichen Regionen, lange Anfahrtswege. Dadurch wird auch der schulische Schwimmunterricht beeinträchtigt oder gar unmöglich gemacht.

Wir wollen deshalb die endgültige Schließung von renovierungsbedürftigen Bädern unbedingt verhindern. Unserer Meinung nach sollte es weniger reine „Spaßbäder“ und dafür mehr Lehrschwimmbekken und Becken für Sportschwimmer geben. Eine obligatorische Schwimmbildung für alle Kinder erachten wir als zwingend erforderlich. Den Schwimmunterricht in den Schulen wollen wir nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch sicher stellen.

8.10 **Jugendoffiziere sind wichtig für die politische Bildung**

Bei der Frage, ob und in welchem Umfang Jugendoffiziere an Schulen eingeladen werden, geht es nicht um „eine Haltung zur Bundeswehr“, sondern um sachliche und verfassungskonforme Wissensvermittlung in der politischen Bildung. Hier sollen die Legitimation der Streitkräfte als Parlamentsarmee, ihre Aufgaben und ihr Auftrag im Rahmen der aktuellen Bundeswehr-Konzeption dargestellt werden.

Konkret geschieht dies in Form von Gesprächen, Vorträgen, Seminaren oder Podiumsdiskussionen. Jugendoffiziere stehen aber nicht nur für den Unterricht von Schulklassen zur Verfügung, sondern auch im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Lehrern.

Dank der regelmäßigen Einberufung großer Teile der wehrfähigen jungen Männer war die Bundeswehr lange Zeit fest im öffentlichen Bewusstsein unserer Gesellschaft verankert. Auftrag und Dienst in den Streitkräften waren den Bürgern aus eigener Erfahrung oder aus dem familiären Umfeld bekannt. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011, dem Ende der bipolaren Bedrohungsszenarien und der Umstrukturierung zur Einsatzarmee mit weltweiten

Operationsgebieten hat sich auch das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit stark gewandelt und liegt heute vielfach im Nebel von Unwissenheit und Spekulationen.

In diesem neuen Umfeld ist die Bildungsarbeit von Jugendoffizieren noch wichtiger geworden. Ihre Besuche müssen deshalb im Bereich der Mittelstufe in den Lehrplan unserer weiterführenden Schulen aufgenommen werden. Dazu ist die bislang geringe Zahl von vier Offizieren aufzustocken.



**UMWELT
UND NATUR –
ABFALLWIRTSCHAFT**

Frischer Wind statt heiße Luft!



9 UMWELT UND NATUR – ABFALLWIRTSCHAFT

9.1 Klimawandel und Klimaschutz

Klimawandel hat es schon vor dem Auftreten des Menschen gegeben, gibt es heute und wird es auch künftig geben. Der Wandel des Klimas ist ein hochkomplexes Phänomen, dessen Ursachen sowohl natürlichen als auch menschlichen Ursprungs sind. Hierüber muss ein offener wissenschaftlicher Diskurs geführt werden, der auch mainstream-kritische Stimmen mit einbezieht. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die gigantischen Ressourcen, die aktuell eingesetzt werden, um auf das Klima Einfluss zu nehmen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil Deutschlands am weltweiten CO₂-Ausstoß lediglich zwei Prozent beträgt. Effektive Umweltschutzpolitik muss daher zunächst global erfolgen. Hier wäre es weitaus sinnvoller, den Export umweltfreundlicher deutscher Technologien zu fördern oder Umweltschutz-Projekte in Schwellenländern zu unterstützen, als Milliarden-Beträge für wenig wirksame, aber unsere Bürger belastende und in ihrer Freiheit einschränkende Maßnahmen auszugeben.

Daneben setzen wir auf eine aktive und umfassende Umwelt- und Naturschutzpolitik vor Ort. Mit konkreten und effektiven Maßnahmen wie den „1001-Bäume“-Anträgen, die beispielsweise in Koblenz, Worms und Neuwied durch unsere Kommunal-Fraktionen gestellt wurden, tragen wir mehr zum Schutz der Menschen vor einem sich verändernden Klima bei als mit einer alarmistischen Ausrufung des Klimanotstands.

Insgesamt muss es die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik sein, eine vernünftige Güterabwägung zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen zu betreiben.

9.2 **Kulturlandschaft Wald nutzbringend bewirtschaften**

Rheinland-Pfalz ist eine Kulturlandschaft. Es kann deshalb nicht das Ziel sein, zu urwaldähnlichen Zuständen zurückzukehren. Vielmehr bedürfen die außerordentlich bedeutsamen ökologischen und sozialen Funktionen unseres heutigen Waldes gezielter Unterstützung: die durch ihn bedingte Bildung von Gewässern, insbesondere von Grundwasser, die Luftreinhaltung sowie die Funktion als Lebens- und Erholungsraum. All dies schließt eine Nutzung durch die Forstwirtschaft keinesfalls aus.

Wir befürworten einen an die absehbaren klimatischen Veränderungen angepassten Waldbau zur Produktion von Strukturholz, Brennholz sowie von Nebenprodukten wie Beeren und Pilzen. Auch in Rheinland-Pfalz ist die Wahl von klimaverträglichen, stabilen und ertragreichen Baumarten wichtig.

In den letzten Jahren hat der Wald in Mitteleuropa aufgrund von Trockenheit und Wärme und den dadurch geförderten Borkenkäferkalamitäten stark gelitten. Daher fordern wir, dass das befallene Schadholz unverzüglich aus den Wäldern geholt wird. Die Schadflächen sind schnellstens mit gut durchdachten Aufforstungsprogrammen wiederherzustellen. Dabei ist Mischkulturen der Vorzug vor Monokulturen zu geben.

Weiterhin fordern wir ein abgestimmtes Konzept, um diesen für uns so wichtigen Lebens- und Erholungsraum zu stützen und zu erhalten. Dabei muss auch die Ökosystemleistung der Wälder berücksichtigt werden. Dieses Konzept erfordert die Berücksichtigung der Erfahrungen und Probleme in anderen Gegenden Europas. Daher ist gerade hier eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich.

Als wichtigen Teil eines an die klimatischen Veränderungen angepassten Waldes betrachten wir regionale

Baumschulen und regionales Saatgut. Dieses sollte bevorzugt eingesetzt werden, sofern es nach wissenschaftlichen Erkenntnissen möglich ist.

9.3 Für einen Wald mit Wild und unser traditionelles Jagdrecht

Die AfD bekennt sich zu den traditionellen Grundsätzen der Waidgerechtigkeit. Grundsätzliche Änderungen des Jagdrechts sind nicht nötig. Insbesondere fordern wir, keine weiteren Wildarten aus dem Jagdrecht zu streichen.

Wir plädieren für die Losung „Wald mit Wild“. Dabei sollen fünf Prozent der Wälder mit jagdfreien Wildäsungsflächen bestückt werden, um den Wildverbiss zu reduzieren und die biologische Vielfalt zu stärken.

Der Wolf ist das größte Raubtier Deutschlands. Die Gefahr, die von ihm für Haustiere, Nutztiere und Wildtiere ausgeht, sollte weder bagatellisiert noch dramatisiert werden. Allerdings muss sich der Wolf vom Menschen fernhalten. Deutschland hat jedoch eine hohe Bevölkerungsdichte und eine große landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Fläche. Damit sind Konflikte zwischen Wolf und Mensch vorprogrammiert.

Nach wie vor weigern sich Bundes- und Landesregierung, den „günstigen Erhaltungszustand“ des Wolfs zu quantifizieren. Als Spitzenprädatoren hat er keine natürlichen Feinde und findet ausreichend Nahrung. Es besteht also kein Zweifel, dass er sich in unserer Kulturlandschaft weiterverbreiten und vermehren wird. Dies macht eine Bestandsregulierung des Wolfs unerlässlich. Daher möchten wir den Wolf in das Jagdrecht aufnehmen.

Wir streben eine Zuweisung bestimmter Lebensräume für Wolfsrudel nach dem Vorbild Norwegens oder Schwedens an.

9.4 *Biologische Vielfalt stärken, Vögel und Insekten schützen, invasive Arten begrenzen*

Die AfD setzt sich für die Stärkung der biologischen Vielfalt ein. Dazu benötigen wir ein regelmäßiges und flächendeckendes Monitoring der Arten in Rheinland-Pfalz.

Der Vogelschutz ist uns wichtig. Insbesondere Durchzugs- und Zugvögel sind in der Europäischen Union nach wie vor nicht geschützt. In Frankreich, Italien, Spanien, Malta und Zypern werden diese mit illegalen Fang- und Tötungsmethoden wie Klappnetzen, Schlingen, Steinquetschen und Leimruten bejagt. Wir ersuchen Bundes- und Landesregierung, auf einen EU-weiten Vogelschutz

hinzuwirken und dafür zuvorderst die nächste Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten zu nutzen.

Auch Windkraftanlagen gefährden den Vogelschutz. Jährlich fallen diesen ungefähr 100.000 Vögel sowie 250.000 Fledermäuse zum Opfer. Darüber hinaus fordern wir, das Insektensterben wissenschaftlich zu untersuchen und ganz allgemein den Artenschutz bestmöglich zu gewährleisten.

Wir möchten unsere Kulturlandschaft so insektenfreundlich wie möglich gestalten. Dabei soll der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Daher setzen wir uns dafür ein, bei der Grünpflege auf staatlichen Grundstücken auf Herbizide weitgehend zu verzichten. Bei staatlichen Flächen, die verpachtet werden, sollte man in den Pachtverträgen nach Möglichkeit ein Herbizid- und Pestizidverzicht verankern. Auch Schottergärten, die Insekten keinen Lebensraum bieten, halten wir für problematisch.

Eine weitere Bedrohung für den Artenschutz und die biologische Vielfalt stellen invasive gebietsfremde Arten dar. So gefährdet der ursprünglich aus Nordamerika stammende Kalikokrebs die Bestände von Amphibien, Mollusken und Insekten im Oberrhein. Seine Ausbreitung führt zu einem Verlust an biologischer Vielfalt, auf den die

Landesregierung bisher nicht angemessen reagiert hat. Daher fordern wir beispielsweise, den Kalikokrebs auf die Liste der invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung zu setzen, um seine Ausbreitung zu verhindern bzw. zu minimieren und heimische Arten zu schützen.

9.5 **Realistische Grenzwerte und Messverfahren bei Emissionen und Immissionen**

Die AfD möchte Menschen, Tiere und Pflanzen vor gesundheitsschädlichen Emissionen und Immissionen schützen. Da es in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den meisten Bereichen jedoch deutliche Verbesserungen gab, sollte dabei maßvoll vorgegangen werden.

Wir fordern deshalb eine wissenschaftliche Überprüfung der Grenzwerte für Stickstoffverbindungen einschließlich realistischer Vorschriften für Messungen und Probenahmen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die in deutschen Städten seit 2005 geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwerte von einer unabhängigen Expertenkommission überprüft und die Stickoxid-Messstationen in Übereinstimmung mit den geltenden Richtlinien und nicht zu nah an Kreuzungen, Hindernissen und am Fahrbahnrand aufgestellt werden.

Wie kürzlich eine Studie der Universität Mainz bestätigt hat, ist der Infraschall von Windkraftanlagen gesundheits-

gefährdend. Anwohner klagen oft über Herzprobleme, Kopfschmerzen und Übelkeit. Daher fordern wir die Einführung der 10-H-Regelung (Abstand zu Wohngebieten entspricht mindestens der zehnfachen Höhe der Windkraftanlage). Darüber hinaus möchten wir die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation für einen Richtwert von 45 Dezibel durchschnittlicher Lärmbelästigung durch Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebieten umsetzen.

Ein mit Emissions- und Immissionsschutz begründetes Verbot von Feuerwerken lehnen wir ab. Insbesondere das Neujahrsfeuerwerk ist ein kulturell tief verankerter Brauch, den wir erhalten wollen.

9.6 **Abfallwirtschaft kommunalverträglich und bürgerfreundlich gestalten**

Die Abfallwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und damit eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Die AfD bekennt sich zu einer umweltfreundlichen Abfallwirtschaft. Bei der Abfallhierarchie muss – in dieser Reihenfolge – der Vorrang der Vermeidung vor der Vorbereitung zur Wiederverwertung, dem Recycling, der energetischen Verwertung und der Beseitigung gelten.

Mittel- bis langfristig streben wir eine Kreislaufwirtschaft an, in der Rohstoffe und Produkte aus Gründen der Nachhaltigkeit so lange wie möglich genutzt werden. Dabei stehen wir unter anderem der Einführung eines Pfands für Batterien und Elektrogeräte aufgeschlossen gegenüber, um die unzureichende Sammelquote zu erhöhen. Darüber hinaus möchten wir den Einsatz von Sekundärrohstoffen stetig steigern.

Mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes plant die Bundesregierung unter anderem, die freiwillige Produktverantwortung zu stärken. Hersteller und Vertreiber sollen Abfälle zurücknehmen können. In der vorliegenden Form lehnen wir dieses Vorhaben ab, denn es würde dazu führen, dass Kommunen die gewinnbringenden Abfälle an die Hersteller verlieren und die verlustbringenden Abfälle behalten. Dadurch entstünden unweigerlich Einnahmever-

luste für die Kommunen, die durch höhere Abfallgebühren der Bürger kompensiert werden müssten.

Die illegale Entsorgung von Abfällen in der Umwelt („Littering“) stellt eine große Herausforderung für Kommunen dar. Dass dabei jedoch Hersteller und Vertreiber für die Reinigung der Umwelt sowie der Verwertung und Beseitigung von Abfällen zahlen sollen, ist ungerecht. Stattdessen sind diejenigen härter zu bestrafen, die ihre Abfälle illegal entsorgen.

Die zunehmende Monopolisierung in der Abfallwirtschaft hat zu höheren Kosten für die Kommunen geführt. Um sich von den Marktführern unabhängiger zu machen, befürworten wir, die Abfallwirtschaft stärker zu kommunalisieren.

9.7 Kunststoffherstellung sinnvoll regulieren

Kunststoffe sind grundsätzlich weder gut noch böse. Während sie sich in der Verpackungsindustrie einsparen lassen, sind sie in der Medizin- und Sicherheitsindustrie unverzichtbar. Deshalb plädiert die AfD für eine rationale Kunststoffpolitik.

Dort, wo es wirtschaftlich und technologisch möglich ist, möchten wir die Produktion und den Verbrauch von Kunststoffen verringern. So sind beispielsweise Kunst-

stoffe in Kosmetika bereits heute durch andere Stoffe ersetzbar. Dagegen lehnen wir das von der Bundesregierung geplante Verbot von Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke zwischen 15 und 50 Mikrometern ab. Denn Papiertragetaschen haben eine schlechtere Ökobilanz als Kunststofftragetaschen, da ihre Produktion mehr Energie und Wasser benötigt.

Die Europäische Union möchte Kunststoffgranulat verbieten, um Mikroplastik zu reduzieren. Davon sind auch Kunstrasenplätze mit Verfüllung durch Kunststoffgranulat betroffen. Dies wäre ein schwerer Schlag gegen Kommunen und Vereine, die zur Förderung des Breitensports hunderte Millionen Euro in diese Sportplätze investiert haben. Deshalb fordern wir eine Übergangsfrist, die sich an der veranschlagten Lebensdauer dieser Sportplätze orientiert. Andernfalls sollen Bund und Land für die Kosten einer Umrüstung auf Verfüllung durch Kork oder Sand aufkommen.

Der größte Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt geschieht durch Reifenabrieb. Dies betrifft Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor und Elektromotor gleichermaßen. Wir setzen auf die Innovationskraft der Reifenhersteller, andere Stoffe zu entwickeln, die den Reifenabrieb verringern.

Den Export von Kunststoffabfällen in Länder ohne ausreichende Sammel-, Lager- und Verwertungssysteme

möchten wir verbieten. Insbesondere afrikanische und asiatische Schwellen- und Entwicklungsländer, die Hauptverursacher der Kunststoffvermüllung sind, sollten im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei der Beseitigung von Kunststoffabfällen unterstützt werden.

9.8 **Wasserwirtschaft muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben**

Eine Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung lehnen wir ab. Die kommunale Wasserwirtschaft muss als ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge weiter gestärkt werden.

Trinkwasser ist das am besten kontrollierte Lebensmittel. Die sehr gute Qualität unseres Trinkwassers möchte die AfD sicherstellen. Eine Verschärfung des Nitratgrenzwerts ist dafür jedoch nicht nötig. In Rheinland-Pfalz ist derzeit überall zuverlässig gewährleistet, dass der Nitratgrenzwert von 50 mg/l im Trinkwasser eingehalten wird.

Wir fordern deshalb, ein realistisches Bild der Nitratkonzentration im Land zu erstellen. Diese Erhebung muss wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und darf nicht zur Durchsetzung fragwürdiger umweltpolitischer Ziele missbraucht werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Punktquellen nicht zur Charakterisierung der Flächenbelastung benutzt werden.

Die größte Herausforderung der Wasserwirtschaft sind Extremwetterereignisse wie Starkregen und Dürreperioden. Wir wollen die Kommunen bei der Entwicklung von Konzepten gegen Extremwetterereignisse unterstützen. Grundsätzlich muss sich die Trinkwasserversorgung in Stadt und Land jedoch an den Rückgang der Niederschläge im Sommer anpassen. Technische Möglichkeiten dafür eröffnen unterirdische oder oberirdische Speicher sowie tiefere Brunnen.



KULTUR

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD

10 KULTUR

10.1 Deutsche Leitkultur und Heimatbewusstsein

Die Alternative für Deutschland in Rheinland-Pfalz bekennt sich zum Stolz auf die eigene Kultur, die Bindungen ans eigene Land und den europäisch-abendländischen Kulturraum. Gleichmacherischer Multikulturalismus und Globalismus liegen ihr fern, stattdessen vertritt sie Heimatliebe, Geschichts- und Nationalbewusstsein sowie die Berücksichtigung regionaler Interessen durch historisch gewachsene föderale Strukturen. Die AfD Rheinland-Pfalz steht eindeutig zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert und in der Romantik spirituell erweitert wurden, und drittens dem römisch-germanischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.

Um die Liebe und die Bindung zur Heimat auch in den nachfolgenden Generationen zu erhalten, fordern wir die flächendeckende Wiedereinführung eines an früheren Standards ausgerichteten Faches „Heimatkunde“ an den rheinland-pfälzischen Schulen.

10.2 ***Hoch- und Breitenkultur in Stadt und Land unterstützen – Vereinen Zukunft geben***

Für die rheinland-pfälzische AfD ist es ein wichtiges Anliegen, die Hoch- und die Breitenkultur auf allen Ebenen, also nicht nur in den städtischen Ballungszentren, sondern gerade in den ländlichen Räumen zu stärken. Diese drohen mancherorts an Perspektivlosigkeit zu verkümmern und müssen endlich umfassend attraktiv(er) gemacht werden. Die in erster Linie durch unser breitgefächertes Vereinswesen getragenen lokalen Strukturen sind auch kulturell gesehen unverzichtbar, zumal sie in sozialer Hinsicht wertvolle Dienste leisten.

10.3 **Deutsche Sprache stärken, Lesekultur fördern**

Unsere Nationalkultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. Das Band der Sprache ist im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen.

Die AfD tritt den überall zu beobachtenden Bestrebungen entgegen, die deutsche Sprache in Behörden, universitären Studiengängen und in der Binnenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische zu ersetzen. Auch halten wir die übermäßige Verwendung von Anglizismen als unwürdig für eine große Sprachgemeinschaft von weltweit immerhin fast 100 Millionen Menschen.

Darüber hinaus lehnen wir eine Instrumentalisierung unserer Sprache durch politisch korrekte Vorgaben und das immer weiter um sich greifende „Gender-Sprech“ entschieden ab.

In einer von Bilderwelten, Reizüberflutung, den Gefahren der „digitalen Demenz“ und Selbstisolation sowie schwindendem Allgemeinwissen geprägten Zeit sind

das Gespräch und die Kulturtechnik des Lesens gerade für junge Menschen ein unverzichtbarer Ausgleich. In den Augen der AfD bedürfen beide deshalb mehr denn je der Förderung, um Zusammengehörigkeits- und Sprachgefühl, Bildung, Urteils- und Kritikfähigkeit, Argumentations- und Konzentrationsvermögen, Phantasie und kulturelle Kontinuität zu stärken. Vor diesem Hintergrund sind nationale Eigenheiten wie die deutsche Buchpreisbindung aus Sicht der AfD nicht verhandelbar.

Außerdem messen wir dem fortgeschrittenen Spracherwerb allerhöchste Priorität zu, wenn es um die gesellschaftliche Eingliederung integrationswilliger und -fähiger Zuwanderer geht.

10.4 **Für eine selbstbewusste ganzheitliche Erinnerungskultur**

Mit aller Deutlichkeit wendet sich die AfD gegen die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Stattdessen fordern wir eine umfassend erweiterte Geschichtsbetrachtung über viele Jahrhunderte hinweg, die überkommene Denkweisen und früheres Unrecht benennt und zugleich positive Aspekte der eigenen National- bzw. Regionalgeschichte und -kultur identitätsstiftend umfasst. Einen besonderen Stellenwert sollte die Erinnerung an die deutsche Wiedervereinigung von 1989/90 haben. Sowohl regelmäßige Ausflüge von Schulklassen etwa an die Mauersegmente am Deutschen Eck in Koblenz sowie Zeitzeugengespräche mit Opfern der SED-Gewaltherrschaft müssen einen festen Platz einnehmen. Die bereits 2016 von der AfD vorgebrachte Idee einer regelmäßigen Beflaggung aller Schulgebäude im Land mit unseren schwarz-rot-goldenen Nationalfarben ist endlich umzusetzen.

Einseitig durch heutige Maßstäbe motivierte Umbenennungen von Straßen und anderen Örtlichkeiten lehnen wir ab, da auf diesem Weg aus Unwissenheit und totalitärer Neigung ganze Kapitel

unserer gemeinsamen Historie radikal aus dem öffentlichen Bewusstsein gestrichen werden sollen. Stattdessen sehen wir in einer den eigenen Horizont erweiternden Erinnerungskultur, einer bürgernahen Museums-, Archiv-, Bibliotheks- und Ausstellungslandschaft sowie in der Würdigung von Denkmälern, Kriegsgräberstätten und gewachsenen Ortsbildern ein starkes öffentliches Interesse. Gleiches gilt für die Einrichtung öffentlichkeitswirksamer Gedenktage. Gerade kleineren ländlichen Museen, Bibliotheken und dezentralen Ausstellungsprojekten mit ehrenamtlicher Trägerschaft sollten verstärkt Landeshilfen zuteil werden.

Eine besondere Wertschätzung verdienen nicht zuletzt die hiesigen Welterbestätten sowie das immaterielle Weltkulturerbe.

10.5 **Musik, Theater, Film**

Das gemeinsame Singen und Musizieren im Rahmen des Schulunterrichts oder in den zahlreichen Chören und Orchestern im Land ist ein zentrales Element breitenwirksamer Kulturpolitik.

Was die Spielpläne an den Theatern und Opernhäusern des Landes angeht, so müssen diese die Verbreitung der wesentlichen Inhalte des deutschen Geisteslebens und der deutschen Nationalkultur zum Ziel haben, aber selbstverständlich immer wieder auch die zeitenübergreifenden großen Persönlichkeiten und bedeutenden Werke der europäisch-abendländischen und weltweiten Kultur ins Bewusstsein rücken.

Fehlentwicklungen wie ein hochsubventioniertes, von den Interessen des Publikums mitunter vollkommen abgehobenes Regietheater sind mittels anderer Finanzierungsvorgaben zu beseitigen.

Als wichtiger Teil der Kulturförderung ist auch das Filmschaffen zu betrachten. Dessen Förderung soll sich im Kern auf die Unterstützung heimischer Produktionen beschränken.

10.6 **Vertriebene, Aussiedler, Partnerschaftspolitik**

Die AfD würdigt die Beiträge aller deutscher Landsmannschaften und Regionen zur gemeinsamen Kultur. Auf der Grundlage des Bundesvertriebenen-Förderungsgesetzes (§ 96 BVFG) soll auch das Kulturerbe der historischen deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa gepflegt und die Bedeutung für alle Deutschen und für Europa sichtbar gemacht werden, insbesondere im Schulunterricht. Ebenso gilt es, die besonderen historischen und kulturellen Prägungen der Aussiedler im Bewusstsein der binnendeutschen Bevölkerung zu verankern. Die AfD fordert einen eigenen rheinland-pfälzischen Gedenktag für die deutschen Heimatvertriebenen, die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) und setzt sich für die vollständige Angleichung der Renten von (Spät-)Aussiedlern ein.

Jenseits dieser nationalen Akzentuierung sehen wir in grenzübergreifenden Orts- und Regionalpartnerschaften ein zu förderndes bürgernahes Instrument zur Stärkung nicht nur europäischer Gemeinsamkeiten, sondern der Völkerverständigung ganz allgemein. Aus rheinland-pfälzischer Sicht wünschen wir uns als AfD eine möglichst vitale Zukunft der bestehenden Landespartnerschaften mit Burgund/Franche-Comté, dem Opperler Schlesien, Mittelböhmen, South Carolina und Ruanda.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen darüber hinaus die Verbindungen ins benachbarte Elsass sowie die Zielgebiete jener nach Hunderttausenden zählenden Auswanderer, die es aus unserem Raum vornehmlich im 18. und 19. Jahrhundert nach Nordamerika, aber beispielsweise auch nach Brasilien, Ungarn, Galizien oder Russland zog. Denn neben den Schwaben haben gerade die Pfälzer und Hunsrücker wohl den größten Anteil an der deutschen Auswanderung.



LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



11 LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

11.1 Strukturwandel heimatbewusst gestalten

Die Schönheit der vielfältigen Kulturlandschaften im ländlichen Rheinland-Pfalz wird von bäuerlichen Familienbetrieben geprägt. Sie sind der Garant für den Erhalt von Tradition, Landschaftsbild und ländlichem Raum. Es ist der AfD daher ein besonders Anliegen, ihre Zukunft und damit unsere Heimat zu sichern. Traditionell sind Natur- und Tierschutz dabei immanente Werte. So steht die AfD für eine intensive Landwirtschaft mit hohem ökologischen Wert. Der enorme Wettbewerbsdruck innerhalb und außerhalb der EU führt jedoch zu einem immer schnelleren Strukturwandel. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLRs) mit ihren vielfältigen Angeboten spielen daher eine entscheidende Rolle bei der Lösung der komplexen Herausforderungen für Landwirte und Kommunen. Ihre Expertise muss unbedingt erhalten bleiben.

11.2 **Bäuerlichen Familienbetrieben Zukunft geben**

Im Wettlauf mit einer hemmungslosen Globalisierung und ideologisch motivierten Klima- und Umweltschutzauflagen fallen rheinland-pfälzische Betriebe zurück. Viele Betriebsleiter finden keinen Nachfolger oder Landwirtschaft wird zunehmend zum Nebenerwerb, da die bäuerlichen Familien von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Die AfD fordert daher einen Stopp der schleichenden Enteignung von Landwirten mittels Zwangsextensivierung durch Düngeverordnung und verpflichtende Gewässer-Randstreifen. Die Direktzahlungen im Rahmen der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP müssen erhalten bleiben. Zudem fordern wir einen konsequenten Einkommens- und Aufwandsausgleich für alle politisch verordneten Klima- und Umweltschutzmaßnahmen.

Mehr Unterstützung braucht nicht zuletzt die Vermarktung regionaler Produkte durch vereinfachte Verfahren der regionalen Kennzeichnung und Zertifizierung sowie ein bundesweites Internetportal für regionale Anbieter. Wir machen uns hier für ein „Regionalprodukte-Google“ stark.

11.3 **Natur- und Tierschutz kann nur mit den Landwirten gelingen**

Die rheinland-pfälzischen Landwirte lieben ihre Heimat, ihr Land und ihre Tiere. Die permanente Verunglimpfung von Bauern („Bauern-Bashing“) durch höchste politische Kreise, allen voran SPD-Bundesumweltministerin Svenja Schulze und „grüne“ Protagonisten, muss endlich beendet werden! Die Symbiose aus Landwirtschaft und Naturschutz kann nur mit den Landwirten und nicht gegen sie gelingen! So fordert die AfD, die regionale Schlachtung zu vereinfachen und zu stärken. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Einschränkung von Tiertransporten und die bessere Umsetzung von Tierschutzvorgaben. Rheinland-Pfalz braucht einheitliche Verordnungen zur Fleischschau und kleine regionale Schlachtbetriebe.

11.4 **Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stärken**

Für die Erhaltung attraktiver und lebenswerter ländlicher Räume ist die Arbeit der rheinland-pfälzischen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLRs) eine entscheidende Voraussetzung. Die DLRs sind bei weitem nicht nur Standorte der Landwirtschaftsverwaltung, sondern haben weitreichende Aufgaben in den Bereichen Forschung, Beratung, Lehre, Ernährungsbildung und Landentwicklung. Dem kontinuierlichen Personalabbau durch die Landesregierung stemmt sich die AfD-Fraktion im Landtag seit 2016 entgegen. Wir fordern vor allem mehr Personal und Geld für die Flurneuordnung als der einzigen realistischen Effizienzreserve für bäuerliche Familienbetriebe bei gleichzeitiger Steigerung wünschenswerter ökologischer Effekte. Die AfD steht für eine wissens- und faktenbasierte Weiterentwicklung der Landwirtschaft im Zuge einer zugleich leistungsfähigen und umweltschonenden Wirtschaftsweise. Diese „intensive Ökologie“ ist nur mit starken Dienstleistungszentren zu machen.

11.5 **Weinbau ist integraler Bestandteil unserer Landesidentität**

Wein ist nicht nur ein integraler, mehr als zweitausend Jahre alter Bestandteil unserer Kultur, sondern gerade für Rheinland-Pfalz auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Hier ist unser Bundesland mit seinen rund 9000 Winzern und Weinbaugenossenschaften deutschlandweit Spitze und rangiert in der weltweiten Rangliste der größten Weinerzeugerregionen immerhin auf Platz elf. Diese Bedeutung gründet entscheidend auf den für Rheinland-Pfalz typischen Familienbetrieben, die die AfD nach Kräften stärken möchte. Die Familienbetriebe müssen Planungssicherheit erhalten, indem die Anbauflächen begrenzt bleiben und eine kontinuierliche Festschreibung der 0,3-Prozent-Regelung für Flächenerweiterungen erfolgt.

11.6 **Charakteristischen Steillagenweinbau bewahren**

Mit seinen Terrassen- und Steillagen, insbesondere an Mosel und Rhein, prägt der Wein unsere Landschaft auf einzigartige Art und Weise und fördert so nicht zuletzt den Tourismus, mit dem zahlreiche Arbeitsplätze verbunden sind. Der Erhalt dieser Kulturlandschaften ist sehr schwierig und aufwändig. Es gilt deshalb, die Winzer bei ihrer mühevollen Arbeit im Interesse aller zu unterstützen. Die Arbeit des Steillagenzentrums des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum Mosel in Bernkastel-Kues muss vor diesem Hintergrund dauerhaft gesichert werden.

11.7 **Wein als zentrales Tourismus-Thema nutzen**

Ganz allgemein regt die AfD die größtmögliche Nutzung des Weinbaus als Marketinginstrument für den Tourismus und die Standortwerbung an, stellt er doch in der gegebenen Form für Rheinland-Pfalz ein wertvolles Alleinstellungsmerkmal dar.

11.8 **Wirtschaftliche Bedeutung des Weins erhalten**

Ein weiterer Wirtschaftszweig, der in hohem Maße vom Weinbau profitiert, ist die Zulieferindustrie einschließlich des Spezialmaschinenbaus. Besonders letzterer ist geprägt von mittelständischen Unternehmen mit hoher Innovationskraft. So wurde ein erst vor kurzem in Rheinland-Pfalz entwickelter Vollernter für Steillagen mit dem Innovationspreis des Deutschen Weinbauverbandes ausgezeichnet.

Konkret fordert die AfD neben der Gewährleistung der genannten grundlegenden weinbaupolitischen Rahmenbedingungen eine Regelung zur Ertragsbegrenzung für Anbauflächen, die außerhalb der klassischen Weinbaugebiete liegen, und die Anhebung der Bagatellgrenze auf 10 Ar. Darüber hinaus ist uns eine Fortschreibung des nationalen Stützungsprogramms ebenso ein Anliegen wie die Beibehaltung der Auslandsförderung durch den Bund. In aller Deutlichkeit wenden wir uns gegen die Pläne, auch für Wein- und Sektflaschen eine Pfandpflicht einzuführen.

DIGITALPOLITIK

Frischer Wind statt heiße Luft!


AfD

12 DIGITALPOLITIK

12.1 Digitale Infrastruktur endlich zukunftsfähig machen

Obwohl unser Land ein Wirtschaftsstandort ist, der mit der ganzen Welt konkurriert, sind wir nicht gut auf die Veränderungen des Digitalzeitalters vorbereitet. Hier besteht sehr großer Entwicklungs- und Nachholbedarf. Insbesondere schnelles Internet und Mobilfunk als Grundlage einer digitalen Infrastruktur müssen stark ausgebaut werden. Dazu brauchen wir einen massiven Zuwachs an Glasfaserleitungen, denn nur Glasfaser erreicht eine Leistung, die schnell große Datenmengen übertragen kann. Sie ist der Standard der Zukunft.

12.2 Schleppender Breitband- und Glasfaserausbau hemmt unseren Wirtschaftsstandort

Trotz Ausbaufortschritten kommt die Glasfaser nicht bei unseren Bürgern an. Laut Stand vom Dezember 2019 haben lediglich 2,6 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte einen Glasfaseranschluss. Der von der OECD gemessene internationale Durchschnitt liegt jedoch bei 23 Prozent.

Insbesondere unsere ländlichen Regionen sind abgehängt. Dort werden überwiegend noch nicht einmal

Geschwindigkeiten von 30-50 Mbit/s erreicht. Internetseiten, die quälend lange laden und Unternehmen, die große Datenmengen nicht schnell versenden können, zeigen: viele Bürger und Steuerzahler sind von der digitalen Teilhabe ausgeschlossen, der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz hat mit schwerwiegenden Nachteilen zu kämpfen.

Eine Befragung US-amerikanischer Unternehmen ergab, dass immer weniger Investoren bereit sind, in den Standort Deutschland zu investieren. Nicht einmal jedes fünfte Unternehmen (17 Prozent) fühlt sich in Deutschland optimal unterstützt, wobei als Problem häufig die mangelhafte digitale Infrastruktur genannt wird.

Wir wollen den vollständigen Abschied von Kupferleitungen. Stattdessen muss die Glasfaser massiv ausgebaut werden – und zwar im Standard FTTB/FTTH („Fiber to the building“). Das heißt, die Leitung wird direkt in Wohnhäuser und Firmengebäude gelegt. Um dies zu beschleunigen, fordern wir eine Entrümpelung komplizierter und langwieriger Förderprozesse, ein landeseigenes Ausbauprogramm sowie Glasfasergutscheine als „Abwrackprämie“ für Kupfer. Die Bürger sollen Gutscheine bekommen, die sie bei der Bestellung von Glasfaser vor Ort einlösen können. So wird die Nachfrage in Regionen angekurbelt, die von den im Bereich der Telekommunikation

tätigen Unternehmen bislang links liegen gelassen wurden, weil sich der Ausbau wegen geringer Bevölkerungsdichte wirtschaftlich nicht gelohnt hat.

12.3 **Mobilfunknetz: Rheinland-Pfalz aus dem Funkloch holen**

Rheinland-Pfalz ist das Land der Funklöcher. Im europäischen Vergleich landet Deutschland in Bezug auf sein Mobilfunknetz nur auf Platz 35, im weltweiten Vergleich sogar nur auf Platz 70 – deutlich hinter Albanien. Gleichzeitig gehört Rheinland-Pfalz innerhalb Deutschlands zu den Schlusslichtern. Bei uns gibt es keine flächendeckende LTE- bzw. 4G-Versorgung, teilweise ist nicht einmal ein 3G-Netz verfügbar.

Diese Mobilfunk-Misere hat Folgen: Nicht nur für den Wirtschaftsstandort, sondern auch für unsere Bürger. Sie können in vielen Landesteilen gar nicht oder nicht unterbrechungsfrei telefonieren und müssen befürchten, in Notsituationen nicht erreichbar zu sein. Und sie erleben, dass ihre Immobilien, die in Funklöchern liegen, an Wert verlieren. Wir fordern daher ein landeseigenes Förderprogramm, um Mobilfunklöcher zu schließen. Dazu ist zunächst eine ehrliche Bestandsaufnahme notwendig: Anstatt die Mobilfunkabdeckung wie seitens der Landesregierung üblich pro Haushalt auszuweisen, muss sie

bezogen auf die Landesfläche angegeben werden. Denn Mobilfunk wird in erster Linie genutzt, wenn man nicht zuhause ist. Nur die Abdeckung in der Fläche zeigt daher die tatsächliche Mobilfunkversorgung nachvollziehbar an.

12.4 **Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G fördern, gesundheitliche Risiken im Blick behalten**

Der rückständige Glasfaserausbau im Land wird sich auch auf die Zukunft des Mobilfunknetzes auswirken, weil sich der neue Standard 5G nur mit Hilfe von Glasfaser verwirklichen lässt. Dieser Standard wird aber nicht nur das Telefonieren verändern, sondern er bietet zahlreiche neue Möglichkeiten für Industrie, Wirtschaft und Verbraucher. Erst mit ihm wird das „Internet der Dinge“, also die Vernetzung von Gegenständen und Daten, genauso ermöglicht wie automatisierte Produktionsprozesse, autonomes Fahren oder selbstständig arbeitende landwirtschaftliche Systeme.

Auch für Verbraucher bietet der 5G-Standard zahlreiche neue Möglichkeiten wie die Vernetzung und Steuerung „smarter“ Gegenstände im Haushalt oder in der Telemedizin. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten gerade für unsere ländlichen Regionen. Der

5G-Standard wird aktuell in mehreren Modellregionen bzw. Testfeldern im Land erprobt und erforscht, zum Beispiel in Kaiserslautern und Koblenz. Die BASF in Ludwigshafen wendet 5G im Rahmen eines „Campus“-Netzes bereits an.

All das bedeutet Chance, aber auch Verpflichtung. Ob und inwieweit mit dieser Technologie Risiken für die Gesundheit unserer Bürger verbunden sind, muss grundlegend untersucht und gegebenenfalls ausgeschlossen werden. Deshalb fordern wir eine umfassende und breit angelegte Studie zu den gesundheitlichen Auswirkungen von 5G auf Mensch und Tier.

Mit einer neu zu gründenden Digitalagentur wollen wir Mobilfunk, 5G, Glasfaserverbindungen und den insgesamt kläglichen Stand der Digitalisierung zentral vorantreiben und koordinieren.



ENERGIE

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



13 ENERGIE

13.1 Für eine realistische und verantwortungsvolle Energiepolitik

Eine vernünftige, auf wissenschaftlichen und technischen Realitäten basierende Energiepolitik spielt für unsere Bürger eine wichtige soziale Rolle und ist für unsere Wirtschaft ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Sowohl Gewerbetreibende als auch Verbraucher benötigen eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung und keine irrationalen und ineffizienten Lenkungsmaßnahmen, die massive soziale Ungerechtigkeiten und Wettbewerbsnachteile im europäischen Vergleich befördern.

Der fortschreitende Ausbau von Solar- und Windenergie bei weiter steigenden Umlagekosten kann keine dauerhafte seriöse Entwicklungsbasis für ein modernes Industrieland darstellen. Darüber hinaus sind weder Wind- noch Solarstrom grundlast- bzw. kaltstartfähig. Solange entsprechende Speichertechnik oder für Flauten vorzuhaltende Reservekraftwerke fehlen, können die erneuerbaren Energiequellen nicht noch weiter ausgebaut werden, ohne die Netzstabilität zu gefährden. Anders gesagt: Wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint, helfen auch 40.000 zusätzliche Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz nicht weiter.

Die hiesige Energiepolitik fußt im Wesentlichen auf dem Trittbrettfahreneffekt. Man verlässt sich darauf, dass außerhalb unseres Bundeslandes entsprechende Kapazitäten vorgehalten werden, um sich selbst als vermeintliches ökologisches Musterland hinzustellen. Dies belastet jedoch Bürger wie Unternehmer und führt zu einer rapide wachsenden Landschafts- und Naturzerstörung ohne überzeugenden volkswirtschaftlichen Nutzen sowie zu einer unverantwortlichen Ressourcenverschwendung.

13.2 **Strompreise senken und Windkraftausbau stoppen**

Die „Energiewende“ in der bisherigen Form ist weitgehend gescheitert und schlägt mit voraussichtlichen Gesamtkosten von über einer Billion Euro zu Buche – Gelder, die an anderer Stelle viel effektiver eingesetzt werden könnten. Sie hat weder zu einer wesentlichen Senkung der Kohlendioxid-Emissionen geführt noch den Energieverbrauch maßgeblich verringert. Milliardenentschädigungen wurden bezahlt, um die faktischen Enteignungen im Kohle- und Atomsektor auszugleichen, selbst der Ausbau der Stromtrassen hinkt Jahre hinterher. Im Gegenzug zahlen die Deutschen die weltweit höchsten Strompreise.

Trotz stabiler bzw. tendenziell fallender Strom-Großhandelspreise steigen die Kosten für den Endverbraucher immer weiter – seit dem Jahr 2000 um über einhundert Prozent. Steuern, Abgaben und Umlagen haben sich in diesem Zeitraum beim Strom verdreifacht. Eine „Energiewende“, die sowohl die Mittelschicht als auch sozial schwächere Haushalte hoch belastet, ist jedoch zutiefst unsozial. Faktisch findet eine Umverteilung von unten nach oben statt: Während Investoren die Renditen abschöpfen, verbleiben die Lasten bei Verbrauchern und Gewerbetreibenden.

In Rheinland-Pfalz stehen zahlreiche Windräder, von denen sich viele nur relativ selten drehen. Dies liegt daran, dass unser Land im Durchschnitt zu den wind schwachen Bundesländern zählt. Infolgedessen wird Windstrom in Rheinland-Pfalz wesentlich ineffektiver, d.h. zu höheren Kosten erzeugt als dies etwa in Norddeutschland geschieht.

Tatsache ist: Die Bürger zahlen in jedem Fall. Wird gerade kein Strom erzeugt, werden Stromimporte benötigt, die die Netzbetreiber einkaufen und dann auf den Strompreis umlegen. Wird hingegen zu viel Windstrom produziert, sind wir gezwungen, Überschüsse zu verschenken bzw. für die Stromabnahme aus dem

Ausland auch noch zu bezahlen, da in Deutschland keine ausreichenden Speichermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Selbst wenn Windanlagen etwa wegen Starkwind abgeschaltet werden müssen, gibt es weiter Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch den Einspeisevorrang kommt es auf die Marktfähigkeit und den tatsächlichen Strombedarf nämlich nicht an, obwohl der Zeitpunkt der Bereitstellung der Elektrizität eine enorme praktische Rolle spielt. Zudem müssen wir für jedes Windrad und für jede Solaranlage Notfallkraftwerke für die Wind- bzw. Sonnenflaute bereithalten.

Um diesen planwirtschaftlichen Teufelskreis mittelfristig zu durchbrechen und die Strompreise zu stabilisieren, müssen grundsätzlich neue Wege gegangen werden. Ohne geeignete Stromspeicher ist der Ausbau von leistungsmäßig stark schwankenden Energieformen wie der Wind- oder der Solarenergie nicht sinnvoll. Die Versorgungssicherheit gerät langfristig in Gefahr und macht immer öfter Noteingriffe der Netzbetreiber erforderlich, um das Gesamtsystem stabil zu halten. Aus all diesen Gründen fordern wir als AfD ein Moratorium für den weiteren Ausbau der Windkraft in Rheinland-Pfalz. Der Landesentwicklungsplan (LEP) muss entsprechend angepasst werden.

13.3 **Infraschallgefahren begegnen und Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung erhöhen**

Der von Windkraftanlagen ausgehende Infraschall im Niederfrequenzbereich ist gesundheitsgefährdend. Es existieren zahlreiche wissenschaftliche Studien, die die Gefährlichkeit von Infraschall für Menschen thematisieren; namhafte Mediziner stützen diese These. Die Universität Mainz spricht von einer „Beeinträchtigung der Herzleistung“, ein Mindestabstand von 2000 Meter zur nächsten Wohnbebauung wird dringend empfohlen. Hinzu kommen Erkenntnisse über Schlafstörungen, Konzentrationsschwächen und grundsätzliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden.

Als AfD möchten wir, dass keine großangelegten Experimente auf dem Rücken unserer Bürger eingegangen werden. Deswegen verlangen wir – unabhängig vor der Forderung nach einem sofortigem Ausbaustopp der Windkraft – einen Mindestabstand von 2000 Metern zu Wohngebieten und Arbeitsstätten. Angesichts des absehbaren Größenwachstums und der bereits möglichen technischen Entwicklungen hin zu immer größeren Windkraftanlagen sollte dieser Mindestabstand mit der dynamischen 10-H-Regelung verknüpft werden, die in Bayern seit November 2014 gilt. Sie sieht einen Abstand

von wenigstens der 10-fachen Gesamthöhe des jeweiligen Windrads zur Wohnbebauung vor. Diese Regelung sollte schnellstmöglich, insbesondere für etwaige „Repowering“-Maßnahmen, umgesetzt werden.

13.4 **Speicherprojekte und Smart-Grid-Lösungen vorantreiben**

Wenn Wind und Sonne ihre Energie nur teilweise oder gar nicht liefern, dann reichen die aktuell verfügbaren Kurzzeit-Batteriespeicher nicht aus. Es gibt dann nur zwei Lösungen: den Aufbau von Langzeit-Stromspeichern oder ein „ewiges“ Sicherheitsnetz aus konventionellen Kraftwerken. Politisches Ziel muss es angesichts dieser Lage sein, die starken Schwankungen im Stromnetz zu minimieren und Speicherlösungen in Verbindung mit der sogenannten „Smart-Grid-Technologie“ zu entwickeln.

Die Möglichkeit, mit Ökostrom Wasserstoff zu erzeugen und diesen wiederum in Methangas zu verwandeln („Power-to-Gas“), ermöglicht die längerfristige Speicherung von Strom. Allerdings ist der Wirkungsgrad und damit die Effizienz dieser Technologie eher niedrig. Sinnvoll ist die Verzahnung vorhandener Speichertechnologien mit intelligenten „Smart Grids“, um den erneuerbar erzeugten Strom in der Realität zumindest teilweise nutzbar zu machen. Dabei muss die Anonymität persönlicher Daten gewährleistet sein.

Um die erneuerbaren Energien zu einem verlässlichen Faktor zu machen, bedarf es jedoch einer spürbaren technologischen Weiterentwicklung. Solange es diese nicht gibt, bedeutet ihr fortgesetzter Ausbau eine energiepolitische Hypothek auf unsere Zukunft.

13.5 **Bundesweite Abschaffung des EEG in die Wege leiten**

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist Hauptpreistreiber und wesentlicher Grund für den massiven Ausbau von Windenergieanlagen und Photovoltaik. Ohne diese fehlerhaften Anreize käme wohl kaum jemand auf die Idee, Windenergieanlagen in den windschwächsten Regionen in Rheinland-Pfalz zu errichten, da deren Energieausbeute mit Anlagen in Norddeutschland bzw. im Offshore-Bereich nicht ansatzweise konkurrieren kann.

Das völlig ineffiziente EEG ist deswegen abzuschaffen. Die gigantischen Zahlungsverpflichtungen sind einmalig in den allgemeinen Haushalt zu überführen, um insbesondere die Unternehmen aufgrund der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage zu entlasten. Perspektivisch wird eine Abschaffung des EEG auch eine Deckelung bei den Netzentgelten bewirken und den weiteren Anstieg der Strom-Nebenkosten verhindern.

13.6 **Bürger am Netzbetrieb beteiligen**

Wir möchten, dass nicht nur Großinvestoren und Vermögende vom Ausbau des Netzbetriebs profitieren. Dieser ist für die Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber ein attraktives Geschäft und wird künftig sowohl im Übertragungs- auch als Verteilnetzbereich bundesweit hohe Investitionen erfordern. Sofern die geplanten Ausbauprojekte umgesetzt werden, müssen die Bürger hier auch finanziell partizipieren.

Dementsprechend ist es unser Ziel, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Unternehmen Beteiligungsmöglichkeiten umsetzen. Auf diesem Wege könnten Bürger von einer attraktiven Geldanlagemöglichkeit profitieren – etwa in Form von Nachrangdarlehen mit lohnenden Zinserträgen oder gesellschaftsrechtlicher Mitsprache.

13.7 **Mehr Ehrlichkeit bei der CO2-Debatte**

Die CO₂-Debatte wird auch in Rheinland-Pfalz nicht ehrlich geführt. Während auf der einen Seite sehr stark auf die Vermeidung von Kohlendioxid abgestellt wird, nimmt die Politik die grundlastfähige, CO₂-freie Kernenergie aus dem bundesdeutschen Strommix heraus. Diese hätte als Übergangstechnologie jedoch durchaus eine Rolle spielen können. Hinzu kommt der stark forcierte Kohleausstieg,

der ganze Regionen wirtschaftlich schwer trifft und die Versorgungssicherheit in Zukunft noch weiter gefährdet.

Solange keine ausreichenden Speichermöglichkeiten bestehen, müssen Wärmekraftwerke das Rückgrat der rheinland-pfälzischen Stromversorgung sein. Nur sie bieten eine gesicherte Stromlieferung ohne Schwankungen von Spannungen und Frequenz.

Erneuerbaren Energien stehen wir dann positiv gegenüber, wenn diese grundlastfähig und umweltschonend sind, wie etwa die neue Technologie der Fluss-Schachtkraftwerke. Aufgrund vielversprechender Testergebnisse beim Forschungsreaktor „ITER“ könnte auch die Technologie der Kernfusion eine nachhaltige Lösung darstellen. Sollte sie sich als praxistauglich erweisen, käme dies einer energiepolitischen Revolution gleich.

13.8 Technologieoffene Entwicklung aller Antriebstechnologien statt einseitige Förderung der Elektromobilität

Die AfD steht für eine technologieoffene Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Diesel-Technologie und gegen die einseitige Förderung der Elektromobilität. Auch

der Einbindung der Erneuerbaren Energien und anderer neuer Technologien wie etwa der verstärkten Wasserstoffnutzung stehen wir aufgeschlossen gegenüber – jedoch ohne Zwang und horrenden Subventionen und ohne indirekte staatliche Planwirtschaft hinsichtlich der Produktpaletten der Autohersteller.

Ein Verzicht auf fossile Brenn- und Kraftstoffe ist gegenwärtig nicht sinnvoll und in dem von den Regierungen in Berlin und Mainz verkündetem Ausmaß auch gar nicht möglich. Wer bei den Bürgern einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht, betreibt keine seriöse Politik.

13.9 Verbrauchsreduktion und Energieeffizienz ganzheitlich betrachten

Administrative Vorgaben zur Verbrauchsreduktion dürfen sich nicht einseitig auf den Strommarkt richten. Zudem muss bei der Förderung der Energieeffizienz durch staatliche Anreize auf Technologieneutralität geachtet werden.

Um die regionale Wertschöpfung zu fördern, sind der Ausbau von Grünschnittplätzen mit einer lokalen thermischen Verwertung und der Anschluss an das jeweilige Nahwärmenetz zu begrüßen. Die sinnvolle Nutzung bei-

spielsweise von Umweltwärme, insbesondere flacher Geothermie, ist als tragfähiger Baustein im Bereich der erneuerbaren Energien weiter auszubauen.

13.10 *Energieverbrauch in Gebäuden: Verhältnismäßigkeit wahren*

Wärmedämmung und Energiesparen in Wohnhäusern und Bürogebäuden sollte gefördert werden, soweit dies wirtschaftlich gut begründet ist und nicht in erster Linie der ideologisch motivierten Durchsetzung alternativer Energiequellen dient. Unverhältnismäßige Maßnahmen und Kosten für die Bürger und Unternehmen lehnen wir prinzipiell ab – gerade angesichts des aktuell stark belasteten wirtschaftlichen Umfelds. Die Sanierung von Bestandsgebäuden sollte nicht per Anordnung durchgesetzt, sondern durch entsprechende Anreize seitens des Landes im Konsens mit den Eigentümern gefördert werden.

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Frischer Wind statt heiße Luft!


AfD

14 TOURISMUS UND GASTRONOMIE

14.1 *Tourismus ist gerade für Rheinland-Pfalz wichtig*

Der Tourismus ist im landschaftlich wie kulturgeschichtlich sehr reizvollen Rheinland-Pfalz ein wichtiges politisches Querschnittsthema. Sein volkswirtschaftlicher Nutzen lässt sich zwar kaum beziffern, doch das touristische Image und das Freizeit-Angebot einer Region oder eines Bundeslandes sind nicht zu unterschätzende Faktoren für Gewerbeansiedlungen, Fachkräftegewinnung und die dauerhafte Bindung gerade gut ausgebildeter jüngerer Arbeitnehmer mit Familien.

Darüber hinaus handelt es sich bei den im Tourismus- und Gaststättengewerbe tätigen Anbietern und Arbeitgebern weitgehend um in der Region verwurzelte Mittelständler, die in besonderer Weise Traditionsbewusstsein und Stabilität gewährleisten.

14.2 **Für ein Reiseland mit jungem Image**

Die Zukunft von Rheinland-Pfalz insgesamt, aber auch in touristischer Hinsicht gründet sich zu einem erheblichen Teil auf den kommenden Generationen, also den Familien oder den Alleinerziehenden mit Kindern. Die Jugend muss deshalb auch beim touristischen Marketing und bei gezielten Förderprogrammen schwerpunktmäßig in den Blick genommen werden, etwa wenn es um die Nachwuchsförderung beim Wander- und Hüttentourismus, um die Anziehungskraft von Kultur- und Städtereisen oder um den Campingtourismus geht. Auch den Angeboten von „Ferien auf dem Bauernhof“ und der Zukunftssicherung unserer Jugendherbergen gebührt erhöhte Aufmerksamkeit.

Ganz allgemein kann Rheinland-Pfalz nicht nur vor dem Hintergrund des Coronageschehens mit faszinierenden Alternativen eines Urlaubs in der engeren Heimat und jenseits des Massentourismus punkten. Ein sich abzeichnendes neues Reiseverhalten unter den Vorzeichen von mehr Regionalität und Nachhaltigkeit eröffnet kurz-, mittel- und längerfristig große Marktchancen. Diese sind von der Politik mit gezielten Anstrengungen zur Verlängerung der Saison bis in die Wintermonate zu verknüpfen. Zentrale Leuchttürme des rheinland-pfälzischen Tourismus sind die Weinkultur und die reichhaltigen Wandermöglichkeiten.

14.3 **Natur und Kultur schützen – „Verspargelung“ ganzer Landschaften stoppen**

Als wesentliche Grundlage für einen sich gut entwickelnden Tourismus sehen wir als AfD die Bewahrung der Natur- und Kulturlandschaften sowie die aus einem in der Bevölkerung breit verankerten Geschichts- und Heimatbewusstsein resultierende Instandhaltung von Denkmälern und gewachsenen Stadt- und Ortsbildern.

Die im Zuge der sogenannten „Energiewende“ zu beobachtende Verschandelung ganzer Regionen durch Windräder und große Photovoltaik-/Solarfelder muss vor diesem Hintergrund als Gefahr für den Freizeit- und Erholungswert unseres Bundeslandes erkannt werden.

14.4 **Welterbestätten wertschätzen – neue Themenstraße auf den Spuren der Amerika- auswanderung einrichten**

Nicht nur die bestehenden rheinland-pfälzischen Welterbestätten in Trier, Speyer, im Oberen Mittelrheintal und in Gestalt des Limes, sondern auch historische Jahrestage sind als zugkräftige Aufhänger für eine auch grenzüberschreitende Tourismuswerbung zu nutzen. Ähnliches gilt für die turnusmäßigen Rheinland-Pfalz-Tage, für Landesgartenschauen, Landesausstellungen oder für neu zu

konzipierende Themenstraßen. Hier halten wir vor allem die Schaffung einer Route „Auf den Spuren der rheinland-pfälzischen Amerikaauswanderung“ quer durch die Pfalz, Rheinhessen und den Hunsrück für vielversprechend.

14.5 **Rentenpunkte für Ehrenamtliche – eigenen „Wander- und Radfahrertag“ ausrufen**

Mit Blick auf den im Zuge der Coronakrise noch wichtiger gewordenen Wandertourismus sollten ehrenamtliche Mitarbeiter in den Hütten des Pfälzerwald-Vereins oder vergleichbaren Einrichtungen für ihre unverzichtbare Tätigkeit Rentenpunkte erwerben können. Darüber hinaus fordert die AfD ergänzend zum nationalen „Deutschen Wandertag“ nach dem Vorbild Sachsens die Einrichtung eines jährlich stattfindenden eigenen „Wander- und Radfahrertages“ für Rheinland-Pfalz.

14.6 ***Kleinräumigkeit als Chance sehen***

Die kleinräumige Vielgestaltigkeit unseres Bundeslandes sehen wir als Chance für eine Profilierung durch Bündelung der für sich genommen bereits attraktiven regionalen Destinationen. Regionalmarken, regionale Spezialitäten, heimische landwirtschaftliche Produkte und regionales Handwerk müssen die Grundlage für ein Gesamtmarketing darstellen, das den Weinbau sowie den Wandertourismus als zentrale Besonderheiten herausstellt. Zur Bewerbung dieser „Markenfamilie“ ist das bewährte „Drei-Ebenen-Modell“ als Grundstruktur des Tourismus in Rheinland-Pfalz im Sinne einer effektiven und besser koordinierten Aufgabenteilung zu reformieren.

Dabei darf es allerdings nicht einseitig zugunsten der zentralen Landesebene verschoben werden. Einer 100-prozentigen Verstaatlichung der Anteile der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) erteilen wir eine Absage.

14.7 **Infrastruktur verbessern, Bürokratie abbauen**

Der zur Stärkung des ländlichen Raumes unabdingbare Erhalt bzw. Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Schienennetz, Wasserwege, attraktive Radwege, Breitbandausbau u. a.) ist auch ein entscheidender Faktor zur Stärkung des Hotel- und Gastgewerbes und als solcher mit aller Kraft zu unterstützen.

Vor allem bei der Digitalisierung sehen wir „viel Luft nach oben“. Hier gibt es großes Potential zum Beispiel hinsichtlich der Sichtbarkeit rheinland-pfälzischer Attraktionen im Netz und in den sozialen Medien, dem elektronischen Hotelreservierungssystem oder im Bereich der „Augmented Reality“.

Als AfD kritisieren wir die den Tourismus in Mitleidenschaft ziehenden überbordenden bürokratischen Vorschriften etwa beim Brandschutz, der Barrierefreiheit oder bei der Parkplatzausweisung. Unter anderem halten wir es für überfällig, die entsprechenden Hürden für Konzessionsvergaben an sogenannte Übergabebetriebe herabzusetzen. Die Vergabemodalitäten bei Pächterwechseln, Erbfällen oder anderen Übernahmen sollten sich weniger an festen Stichtagen orientieren, sondern flexible Zeitkorridore von ein bis drei Jahren vorsehen. Während dieser dürften im Sinne eines bis

dato fehlenden Bestandsschutzes keine Regeländerungen von Bauvorschriften etc. zur Anwendung gebracht werden.

14.8 **Gastronomie unterstützen, Kneipensterben verhindern**

Als Folge der Coronakrise erleben wir einen beschleunigten Niedergang insbesondere kleinerer gastgewerblicher Betriebe mit zahlreichen Insolvenzen. Diesem „Kneipensterben“ muss mit aller Kraft entgegengewirkt werden, da die Gasthöfe im ländlichen Raum, aber auch in den Städten eine äußerst wichtige Ankerfunktion besitzen. Sie sind unverzichtbare soziale Kontakträume und vielfach Treffpunkte der örtlichen Vereine.

Zur Unterstützung der Gastronomie und Hotellerie fordern wir deren Anerkennung als Saisonarbeitsbranche und regen ein spezielles Förderprogramm für Gaststätten im ländlichen Raum nach dem Vorbild Bayerns an. Bürokratieungetüme wie die sogenannte Bettensteuer lehnt die AfD ab.

Die derzeitigen Regelungen des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) in Bezug auf die werktägliche Arbeitszeit von

grundsätzlich acht Stunden und die diesbezüglichen Ausnahmeregelungen, die eine Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf bis zu zehn und unter sehr engen Voraussetzungen bis zu zwölf Stunden ermöglichen, werden den Bedürfnissen des Hotel- und Gaststättengewerbes nicht mehr gerecht. Zusätzliche Flexibilisierungsmaßnahmen erachtet die AfD als unabdingbar, diese müssen jedoch mit den Anforderungen des Arbeitszeitgesetzes und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in Einklang gebracht werden.

Wertvolle gewachsene Strukturen wie die Hotelfachschulen sind aus Gründen der Qualitätssicherung und der zuverlässigen Fachkräftegewinnung unbedingt in der Fläche zu erhalten.

14.9 **Heilbäder und Kurorte zukunftsfähig machen, Chancen des Gesundheitstourismus nutzen**

Die Heilbäder und Kurorte mit ihren jahrhundertelangen Erfahrungen haben für den Tourismus in Rheinland-Pfalz traditionell große Bedeutung. In Zeiten erschwerter gesundheitspolitischer Rahmenbedingungen einerseits und einer immer älter werdenden deutschen Bevölkerung andererseits verspricht eine zukunftsgerichtete Entwicklung dieses Sektors enorme Chancen. Der Gesundheitsmarkt gilt zu Recht als einer der wichtigsten Wachstumsmotoren für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Die hiesigen Kurorte und Heilbäder können auf ihre europaweit führenden Qualitätsstandards verweisen, müssen sich aber – nicht zuletzt aus Kostengründen – dringend neue Zielgruppen erschließen und ihre Infrastruktur auch dem Urlaubs-, Erholungs- und Gesundheitstourismus zur Verfügung stellen.



VERKEHR

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



15 VERKEHR

15.1 Für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für die Mobilität der Bürger und die Gründung, Ansiedlung und Arbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen und somit ein wichtiger Standortfaktor für Rheinland-Pfalz.

Daher setzen wir uns für bessere Straßen und Brücken in Rheinland-Pfalz ein und möchten Lücken und Engpässe im Fernstraßennetz und insbesondere bei den Rhein-Querungen beseitigen.

Die AfD steht für einen effektiven ÖPNV und Fernverkehr und will den Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraßen lenken und die Bürger vor Lärm schützen. Wir kämpfen für die individuelle Mobilität der Bürger und gegen die Diskriminierung von Autofahrern.

15.2 **Lücken und Engpässe bei Straßen und Rhein-Querungen beseitigen**

Straßen, Bahnverbindungen und Internet helfen bei der Anbindung des ländlichen Raumes und mindern den Druck auf den Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen. Daher müssen bestehende Lücken und Engpässe im Fernstraßennetz beseitigt werden.

So muss der Bundesverkehrswegeplan 2030 vollständig umgesetzt werden. Zu nennen sind an vorderster Stelle: der Lückenschluss der A1, die Erweiterung des Mainzer Rings und der vollständige 6-streifige Ausbau der A61 von Speyer bis Bad Neuenahr.

Weitere Schlüsselemente zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen in Rheinland-Pfalz sind zusätzliche Rheinbrücken. Dementsprechend brauchen wir: die zweite Rheinbrücke bei Wörth, eine Mittelrheinbrücke, eine Brücke zwischen Bingen und Rüdesheim und eine Brücke bei Nierstein, eine weitere Rheinbrücke bei Ludwigshafen sowie eine weitere Rhein-Querung in Mainz.

15.3 **Zustand von Straßen und Brücken verbessern**

Die Beschaffenheit der Brücken im Land ist besorgniserregend schlecht. So wird der Zustand von 10 der 15 Rheinbrücken durch die Bundesanstalt für Straßenwesen als nicht ausreichend oder ungenügend eingestuft. In den kommenden Jahren wird die Sanierung vieler Rheinbrücken – zum Teil gleichzeitig und in der gleichen Stadt oder Region – für massive Verkehrsbehinderungen sorgen. Um die Verkehrssicherheit zu verbessern und Behinderungen zu minimieren, fordert die AfD eine bessere Abstimmung zwischen Land und Kommunen. Bei Brücken in kommunaler Trägerschaft sind die Prüfergebnisse dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) mitzuteilen. Im Falle schlechterer Brückenzustände ist eine Verkürzung der Prüfindervalle vorzusehen sowie eine deutliche Straffung des Bauplanungsverfahrens insbesondere bei Brückenersatzbauten.

Nach fast 30 Jahren SPD-geführter Landesregierungen sind 50 Prozent der Landesstraßen und 54 Prozent der Kreisstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Den Zustand der Gemeindestraßen möchte die Landesregierung gar nicht erst wissen, weil er aller Voraussicht nach noch schlechter ist. Darum wollen wir die Mittel für den Landesstraßenbau schrittweise und dauerhaft erhöhen

und die Planungskapazitäten beim LBM ausweiten. Um die ausgeschriebenen Stellen auch besetzen zu können, müssen die Gehälter im öffentlichen Dienst konkurrenzfähig zu unseren Nachbarländern gemacht, die Arbeitsbedingungen beim LBM attraktiv gestaltet und beides ansprechend und zielgruppenorientiert vermarktet werden.

Außerdem steht das Land auch angesichts der anstehenden Abstufung von Landesstraßen zu kommunalen Straßen in der Pflicht, Kommunen und Landkreise für ihren Straßenbau finanziell besser auszustatten.

Um die Belastung der Bürger durch baustellenbedingte Staus zu minimieren, ist die Baustellendauer durch ein besseres Baustellenmanagement mit guter Planung und wirksamer Kontrolle des Ablaufs und der Auftragsnehmer sowie Bonus-Malus-Systeme bei Straßenbauaufträgen so kurz wie möglich zu halten.

15.4 **Effektiven ÖPNV und Fernverkehr gewährleisten**

Eine Verkehrswende kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss erkennbar den Interessen der Bürger dienen und sie überzeugen. Vor diesem Hintergrund setzen wir auf die freie Entscheidung der rheinland-pfälzischen Bürger, was die Wahl ihrer Verkehrsmittel angeht.

Wenn wir sichere Radfahrwege und attraktive ÖPNV-Angebote schaffen, werden diese auch angenommen. Der Radverkehr in den Innenstädten ist daher durch die verbesserte Gestaltung von Radwegen sicherer zu machen, ohne dadurch den übrigen Verkehr unangemessen zu behindern. Beim ÖPNV brauchen wir, insbesondere im ländlichen Raum, eine bessere Taktung. Gleichzeitig muss er bezahlbar bleiben oder werden, sollte aber – von Schülertickets abgesehen – nicht kostenlos sein.

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Nahverkehrsgesetzes möchte die AfD den ÖPNV zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und die Kommunen dafür finanziell besser unterstützen. Bei der Organisation der Zweckverbände im Nahverkehrsgesetz ist aus unserer Sicht das Subsidiaritätsprinzip zu wahren.

Ob der ÖPNV auf der Schiene oder mit dem Bus betrieben wird, hängt von wirtschaftlichen Erwägungen an. Wir befürworten eine Reaktivierung der Aartalbahn

in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen sowie der Brexbachtalbahn bei Neuwied. Die Reaktivierung anderer stillgelegter Bahnstrecken muss ganzheitlich geprüft werden.

Die AfD setzt sich für gute Bahnverbindungen im Regional- und Fernverkehr ein und fordert eine IC-Anbindung von Trier.

15.5 Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraßen lenken, Bürger vor Lärm schützen

Der Güterverkehr muss, wo immer möglich, von der Straße auf Schiene und Wasserwege verlagert werden. Allerdings stößt der Güterverkehr auf der Bahn an Kapazitätsgrenzen und der Eisenbahnlärm wird zunehmend zum Problem. Am Mittelrhein ist die Schmerzgrenze für die Anwohner längst erreicht.

Die Elektrifizierung des nur zu 42 Prozent elektrisch betriebenen rheinland-pfälzischen Schienennetzes wollen wir ausbauen. Zudem sind die Planungen für eine Alternativtrasse für den Schienengüterverkehr am Mittelrhein endlich zu beschleunigen. Die AfD setzt sich für einen Westerwald-Taunus-Basistunnel ein. Die Entlastungsstrecken Antwerpen-Basel und Köln/Hagen-Siegen-Frankfurt müssen ebenfalls ertüchtigt werden.

Außerdem tritt die AfD für einen zweigleisigen Ausbau und eine Elektrifizierung der Strecke Landau-Saarland ein.

Die Standards für den Schallschutz an bestehenden Bahnstrecken bedürfen einer Erhöhung. Dabei sollte sich das Land finanziell engagieren. Die AfD begrüßt die lange überfällige verpflichtende Einführung der Flüsterbremse zum Ende des Jahres 2020 und fordert eine engmaschige Kontrolle der Umsetzung.

Nicht zuletzt sind die Engpässe für die Binnenschifffahrt auf dem Mittelrhein, also die letzten verbleibenden Tiefenengstellen, schnellstmöglich zu beseitigen. Der Ausbau der Moselschleusen ist voranzutreiben.

Rheinland-Pfalz hat bereits gute Flugverbindungen über die Nachbarländer durch die Flughäfen Köln-Bonn, Frankfurt/Main und Luxemburg. Weitere Zuschüsse für den Flughafen Hahn lassen sich daher nicht rechtfertigen.

15.6 **Individualverkehr garantieren, Dieselfahrverbote verhindern**

Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein Autoland – und das ist gut so! In unserem Pendlerland mit seinen weiten ländlichen Räumen bleiben zahlreiche Bürger selbst mit einem optimierten ÖPNV auf das Auto angewiesen, um ihrer Arbeit nachkommen zu können. Darüber hinaus bedeutet das Automobil individuelle Mobilität und Freiheit für die Menschen.

Autofahren muss deshalb erschwinglich bleiben und darf nicht diskriminiert oder moralisch verurteilt werden. Die Autofahrer sind mit Steuern und Abgaben schon genügend belastet, eine CO₂-Steuer und vergleichbare zusätzliche Belastungen lehnt die AfD ab. Ebenso setzen wir uns entschieden gegen Diesel-Fahrverbote ein, die eine inakzeptable Einschränkung der Mobilität der Bürger und faktisch eine kalte Enteignung der Dieselfahrer darstellen, deren Fahrzeuge in den letzten Jahren massiv an Wert verloren haben.

Wesentliche Ursachen für die Verhängung von Dieselfahrverboten liegen in den von der EU ohne seriöse wissenschaftliche Grundlage willkürlich viel zu niedrig angesetzten NO₂-Jahresmittelwerten von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter und den gerade auch in Rheinland-Pfalz unsachgemäßen Messverfahren. Wir setzen uns dafür

ein, dass die in deutschen Städten seit 2005 geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwerte von einer unabhängigen Expertenkommission überprüft und die Stickoxid-Messstationen in Übereinstimmung mit den geltenden Richtlinien und nicht zu nah an Kreuzungen, Hindernissen oder am Fahrbahnrand aufgestellt werden.

15.7 *Antriebstechnologien technologieoffen fördern, Verbrennungsmotor weiter entwickeln*

Die AfD steht für eine technologieoffene Förderung der Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Diesel-Technologie und gegen die einseitige Förderung der Elektromobilität.

Deutsche Ingenieurskunst hat schon Erhebliches geleistet, um die Umweltauswirkungen des Verkehrs zu reduzieren. So konnten die Emissionsgrenzwerte für Dieselfahrzeuge bei Stickoxiden von 500mg/km im Jahr 2000 auf aktuell 80mg/km gesenkt werden, bei Feinstaub von 50 Partikel/km auf 4,5 Partikel/km. Die neuen Standards gelten zudem unter verschärften Messbedingungen. Der Verbrennungsmotor und dabei insbesondere auch der Diesel-Motor bieten weiterhin viel Entwicklungspotenzial.

15.8 ***Straßenausbaubeiträge abschaffen***

Straßenausbaubeiträge sind ungerecht und ineffizient, verursachen hohe Kosten für die Verwaltung durch Rechtsstreitigkeiten und stellen eine unangemessene Belastung für Anwohner und Kommunen dar.

Die AfD hat als erste Partei die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert und damit eine breite öffentliche Diskussion angestoßen.

Aufgrund der großen Zustimmung der rheinland-pfälzischen Bürger für die Initiative der AfD zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sahen sich CDU und FDP gezwungen, diese Position zu übernehmen. Auch die Landesregierung trug dem öffentlichen Druck Rechnung und versuchte, mit der Abschaffung der einmaligen und der flächendeckenden Einführung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge eine Lösung anzubieten.

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge lösen das Problem aber keineswegs. Sie führen nachweislich zu einer stärkeren finanziellen Belastung der Bürger, höheren Verwaltungskosten für die Gemeinden, mehr Rechtsunsicherheit und zahlreichen Gerichtsverfahren.

Die AfD kämpft daher weiterhin für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und wird entsprechende Anträge und einen neuen Gesetzesentwurf in den Landtag einbringen.



FRAUENPOLITIK

UND

GENDERIDEOLOGIE

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



16 FRAUENPOLITIK UND GENDERIDEOLOGIE

16.1 Gleichberechtigung statt Gleichmacherei

Jeder Mensch ist ein einzigartiges Individuum. Trotz dieser Vielfalt, die unser Leben und unsere Gesellschaft bereichert, haben alle Menschen die gleiche Würde und die gleichen Rechte. Daher heißt es in Artikel 3 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Zu diesen Prinzipien bekennt sich die AfD uneingeschränkt. Gleichzeitig lehnen wir eine ideologisch motivierte Gleichstellungspolitik ab, die nicht auf Gleichberechtigung, sondern auf Gleichmacherei abzielt und dabei die Unterschiedlichkeit der Geschlechter letztlich negiert.

Frauen und Männer müssen selbst entscheiden dürfen, wie sie ihr Leben gestalten. Es ist nicht Sache des Staates, hier in irgendeiner Form lenkend einzugreifen. Die von Linken und Grünen gezielt betriebene Auflösung „traditioneller Rollenbilder“ lehnen wir als bevormundend ab. Wie Mütter und Väter die Aufgaben innerhalb ihrer Familien verteilen, ist ganz allein ihre Entscheidung und fällt nicht in die Zuständigkeit der Politik.

16.2 **Respekt und Anerkennung für Frauen und Mütter**

Frauen setzen andere Prioritäten als Männer und sie bekommen Kinder. Nicht weil sie müssen, sondern weil sie wollen. Frauen, die sich ganz bewusst und freiwillig dafür entscheiden, der Mutterrolle in einer bestimmten Zeit ihres Lebens den Vorrang einzuräumen, dürfen nicht diskriminiert werden, sondern verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Wir brauchen keine Gleichstellungsbeauftragten, die Frauen sagen, was richtig und gut für sie und ihre Familien ist.

Was wir dagegen brauchen, sind mehr Kinder und mehr gemeinsame Zeit für unsere Familien. Kita-Erziehung und die Erziehung zu Hause müssen deshalb finanziell gleichwertig unterstützt werden.

16.3 **Frauenquoten bringen neue Diskriminierungen**

Frauenquoten in Politik und Wirtschaft greifen tief in Freiheitsrechte ein und schaffen neue Diskriminierungen. Wir lehnen sie daher grundsätzlich ab. Nicht das Geschlecht, sondern Eignung und Leistung müssen die entscheidenden Kriterien bei der Zuteilung von Aufgaben und Funktionen sein. Statt einer staatlich verordneten Lobby- und Gleichstellungspolitik fordern wir daher die

Sicherstellung von Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Freiheit für Männer wie Frauen.

16.4 **Staat muss Sicherheit gewährleisten**

Es ist die Aufgabe des Staates, das Sicherheitsbedürfnis von Frauen ernst zu nehmen und ihren Sicherheitsanspruch umfassend zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere im Hinblick darauf, dass wir in den vergangenen Jahren nicht nur fremde Traditionen und kulturelle Konflikte, sondern auch Frauenbilder importiert haben, die mit den freiheitlich demokratischen Werten unseres Grundgesetzes unvereinbar sind. Alle Frauen, die in Deutschland leben, haben Anspruch auf die uneingeschränkte Geltung des Grundgesetzes.

16.5 **Gegen totalitäre Geschlechterpolitik**

Die von der Gendertheorie betriebene Dekonstruktion der Geschlechter ist eine unwissenschaftliche Ideologie. Der Versuch, sie den Menschen staatlicherseits ohne ausreichende demokratische Legitimation und mit milliardenschweren Programmen auf allen politischen Ebenen aufzuzwingen, weisen wir als totalitäre Anmaßung zurück. Genderlehrstühle an unseren Hochschulen sind abzuschaffen.



SOZIALPOLITIK

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD



17 SOZIALPOLITIK

17.1 *Unsere Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell*

Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik sind eng miteinander verwoben. So bestimmen die Politikfelder Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft, aber auch Finanz-, Zins- und Währungspolitik darüber, wie und an wen Wissen, Arbeit und gesellschaftlicher Mehrwert verteilt werden.

Die verfehlte Gesellschaftspolitik der Altparteien lässt den erzeugten Mehrwert ins Ausland abfließen, schafft und importiert Armut und führt zu einem immer weiter ausufernden Sozialstaat. Die AfD als bürgernahe, realitätsbezogene und innovative Volkspartei kämpft daher nicht nur für eine sinnhafte Gesellschaftspolitik, sondern betreibt auch eine breit angelegte Programmarbeit im Hinblick auf die zwei Kernelemente des Sozialstaates: Sozialversicherungen und soziale Hilfen. Dabei steht für uns der Erhalt der sozialen Marktwirtschaft und der Generationengerechtigkeit im Vordergrund.

Die AfD bekennt sich zum erfolgreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Diese garantiert die Freiheit des Einzelnen ebenso wie sie zur sozialen Verantwortung verpflichtet. Erhalt und Weiter-

entwicklung der sozialen Marktwirtschaft zum Wohle des deutschen Volkes hat für uns oberste Priorität.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine deutsche Errungenschaft und weltweit beispielgebend für eine wirtschaftlich wie sozial auf Ausgleich bedachte, höchst erfolgreiche subsidiäre Gesellschaft. Wer die Realität anerkennt, weiß, dass es keine „globale soziale Marktwirtschaft“ gibt und geben kann. Fehlende demokratische Werte und Strukturen, religiöses Dominanzstreben und die Selbstsucht von Eliten verhindern eine gerechte Verteilung von Ressourcen und den notwendigen sozialen Ausgleich. Eine Soziale Marktwirtschaft braucht daher den Schutz nationaler Begrenzung und die gesellschaftliche Mitverantwortung der im eigenen Staatswesen tätigen Unternehmen. Zudem braucht sie Handelsabkommen zu fairen Bedingungen und Standards.

Die AfD setzt sich außerdem für demokratische und subsidiäre Strukturen in der Europäischen Union ein. Gesamteuropäische Sozialversicherungen lehnen wir ab, da diese nicht der Absicherung der deutschen Beitragszahler dienen, sondern zu deren Lasten gehen.

17.2 **Recht auf Eigentum bewahren**

Die AfD bekennt sich zum grundgesetzlich geschützten Recht auf Eigentum und sieht sich verpflichtet, dieses vor übermäßigen Eingriffen des Staates zu bewahren. Das Recht auf Eigentum ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und damit für die Freiheit eines jeden Einzelnen. Alle Deutschen sollen das Recht haben, über ihr Eigentum grundsätzlich eigenverantwortlich zu entscheiden.

Das Recht auf Eigentum ist nach Artikel 14 des Grundgesetzes gewährleistet und verbindet sich im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verpflichtung. Steuereinnahmen und Abgaben sind grundsätzlich sinnvoll, effizient und zum Wohle des deutschen Volkes einzusetzen. Der Aufwand für ihre Erhebung und Verwaltung muss erheblich verringert werden.

17.3 **Steuerlasten verringern und gerechter gestalten**

Die in Deutschland ansteigende Armut geht auch auf die Unersättlichkeit des Staates zurück. Vor allem Familien sind von der enormen Steuer- und Abgabenlast und der fehlenden Honorierung der Erziehungsleistung betroffen. Mit einem Familiensplitting will die AfD die Erziehungsleistung von Eltern anerkennen und Familien steuerlich entlasten. Ideologische und weitgehend wirkungslose Umwelt- und

Klimasteuern lehnen wir ab. Straßenausbaubeiträge sind abzuschaffen, die Steuern auf Grundbesitz zu minimieren. Die Doppelbesteuerung und Doppelverbeitragung von Einkommen und Renten ist zu beenden.

17.4 *Den Sozialstaat als nationale Gemeinschaft zukunftsfähig machen*

Nur eine sparsame Politik kann auch eine vernünftige sein. Ein dieser Maxime massiv zuwiderlaufender Umgang mit dem Volksvermögen muss für die verantwortlichen Politiker und Entscheidungsträger persönliche Konsequenzen haben.

Finanzielle Hilfen für notleidende Menschen und Katastrophenopfer sind aus Sicht der AfD eine moralische Selbstverständlichkeit. Der Umfang solcher Unterstützungen darf jedoch nicht die nationale Gemeinschaft, die Investitionsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands selbst in Frage stellen. Ausländer, die temporär Schutz in Deutschland suchen, müssen sich der Hilfe würdig erweisen. Anderenfalls sind sie umgehend abzuschieben. Wer Mitglied der deutschen nationalen Gemeinschaft werden will, muss die prinzipielle Fähigkeit besitzen, sich in die Gesellschaft zu integrieren und seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie selbst zu bestreiten. Die Leistungen

der Sozialversicherungen sollen nur dann zur Verfügung stehen, wenn eine Mindestbeitragszahlungsdauer vorliegt.

17.5 **Für Chancengleichheit, Subsidiarität und das Konnexitätsprinzip**

Die AfD setzt sich für die Chancengleichheit aller deutschen Bürger ein. Jeder Deutsche soll vom gesamtgesellschaftlich geschaffenen Mehrwert profitieren, nicht zuletzt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft. Die AfD steht dabei für Eigenverantwortung, bürgerliches Engagement und das Subsidiaritätsprinzip; sie fördert das Ehrenamt.

Der Leistungswille ist die zentrale Grundlage für den gesamtgesellschaftlichen Mehrwert und die darauf aufbauende Solidarität eines Gemeinwesens. Wer jedoch in eine existentielle Notlage gerät, hat Anspruch auf gesellschaftliche Hilfe. Dabei strebt die AfD eine Entbürokratisierung an und will mittels eines digitalen Sozial-Navi(gator)s den Betroffenen den Zugang zu Unterstützungen vereinfachen. Eine wirksame und effiziente Sozialberatung steht für uns an erster Stelle. Die zuständigen Behörden müssen sich dem Bürger gegenüber als Dienstleister verstehen.

Die AfD erkennt an, dass der Sozialstaat seine Wirkung im Wesentlichen auf kommunaler Ebene entfaltet. Das subsidiäre Prinzip erlaubt die optimale Anpassung an regionale und persönliche Gegebenheiten und die bestmögliche Einbindung des Ehrenamtes in die Sozialarbeit. Gleichwertige Lebensverhältnisse können allerdings nur von starken und finanziell ausreichend leistungsfähigen Kommunen gewährleistet werden. Deshalb setzen wir uns für eine gute Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Länder sowie eine strikte Durchsetzung des Konnexitätsprinzips ein. Wir wollen prüfen, inwieweit definierte Sozialausgaben der Kommunen als Vorabzug vom Steueraufkommen vor der Aufteilung mit Bund und Ländern abzugsfähig werden können.

17.6 **Sozialversicherungen erhalten und weiterentwickeln – Rente sichern**

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu unseren seit Jahrzehnten bewährten Sozialversicherungen und betont ihren hohen Wert für die Soziale Marktwirtschaft. Wir verstehen uns als Garant für ihren Erhalt und sind bestrebt, die Sozialversicherungen im erforderlichen Maße weiterzuentwickeln. Dabei möchten wir insbesondere Familien mit Kindern gefördert wissen und würdigen diese als tragende Säule des Sozialstaates.

Da unsere Sozialversicherungen zunehmend durch die demographische Entwicklung, wachsende Armut, Erweiterung des Leistungsumfanges, Unterfinanzierung von Leistungserbringern und die unregelte Masseneinwanderung an funktionelle und finanzielle Grenzen geführt werden, setzen wir uns für die Entlastung und neuerliche Stärkung der Sozialversicherungen ein und verlangen einen fairen Lastenausgleich. Maßgebliche Handlungsfelder dafür sind die Entbürokratisierung, die Erzielung von Effizienzgewinnen sowie die steuerliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen.

Unsere Sozialversicherungen dienen der sozialen Sicherung der Beitragszahler und ihrer Familien; sie garantieren einen solidarischen Ausgleich zwischen diesen und unter den Generationen. Keinesfalls dürfen sie als politische Ver-

füfungsmasse oder Finanzreserve missbraucht werden. Ihre Finanzierung muss ausreichend und so gestaltet sein, dass auch künftige Generationen von ihnen profitieren können. Es ist ein Frevel an der deutschen Jugend, wenn die aktuelle Politik immer aufs Neue die Verschiebung enormer finanzieller Lasten in die Zukunft betreibt.

Die AfD bekennt sich zum Generationenvertrag der gesetzlichen Rentenversicherung. Gemeinsam mit Versorgungswerken und staatlichen Pensionen sichert dieser finanzielles Auskommen und gemeinschaftliche Teilhabe im Alter. Dabei möchten wir Eltern im Hinblick auf ihre Erziehungsleistung bei den Rentenbeiträgen finanziell entlasten. Auch Pflegende, die sich um Angehörige oder Anvertraute kümmern, wollen wir stärker unterstützen. Weitergehende Leistungen für Familien müssen auf ihre Finanzierbarkeit und rechtliche Umsetzbarkeit geprüft werden.

Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass Berufspolitiker in Zukunft Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung werden oder in Versorgungswerke einzahlen. Die Gewährung einer zusätzlichen Politiker-Pension lehnen wir ab.

17.7 **Wertschöpfungsabgabe und Digitalsteuer einführen**

Die Soziale Marktwirtschaft vereint Ansprüche einer freien, leistungsorientierten Gesellschaft mit sozialer Verantwortung. Dies sollte für Bürger und Unternehmen gleichermaßen gelten. Es ist daher nicht nachvollziehbar und im Hinblick auf den Wandel in der Arbeitswelt auch nicht nachhaltig, dass die Bürger ihre Beiträge zu den Sozialversicherungen nach Leistungsfähigkeit entrichten, während die Unternehmen lediglich nach Anzahl und Höhe der Einkommen ihrer Beschäftigten Sozialabgaben beitragen. Eine solche Beitragsbemessung bestraft Unternehmen mit hoher Beschäftigungsrate und fördert unsoziale Geschäftsstrategien wie Lohndumping und fortwährenden Arbeitskräfteabbau.

Die AfD Rheinland-Pfalz setzt sich daher für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe ein, welche den Arbeitgeberanteil der aktuell paritätisch finanzierten Sozialabgaben ersetzt und damit eine automatisierungs-, digitalisierungs- und demografiefeste Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erlaubt. Für global tätige Unternehmen, insbesondere Online-Konzerne, fordern wir eine Digitalsteuer. Die Nutzung steuerlicher Schlupflöcher, auch mangels eigener Niederlassungen in Deutschland, muss beendet werden.

17.8 **„Deutschland-Fonds“ für Vermögenserhalt und -aufbau**

Die AfD setzt sich für die Gründung eines „Deutschland-Fonds“ ein, der staatliche Pensionen absichert, Kapital in Deutschland hält und deutschen Staatsbürgern durch freiwillige Vermögensbildung eine zuverlässige Möglichkeit bietet, eigenverantwortlich für das Alter vorzusorgen.

Das Kapitalmarktumfeld und die Rahmenbedingungen haben sich dauerhaft verändert. Die Zinsen werden absehbar niedrig bleiben, was die Vermögensbildung auf herkömmlichem Wege – also mit Sparkonten oder Anleihen – weitgehend unmöglich macht. Jahr für Jahr verlieren unsere Bürger Milliarden an Kaufkraft, das angesparte Kapital wird entwertet. Hierauf braucht es eine Antwort: Wir müssen die Menschen zu Miteigentümern machen und die Vermögensbildung über Beteiligungen am Produktivkapital fördern. Dies soll insbesondere über eine steuerliche Förderung von mittel- und langfristigen Anlagen mit einer gewissen Haltedauer umgesetzt werden.

Mehrere einfach aufzulegende Staatsfonds mit verschiedenen Anlageschwerpunkten würden den Bürgern die Beteiligung an Aktien, Edelmetallen und weiteren

Sachwerten zum Vermögenserhalt- und Aufbau ermöglichen. Dabei wäre die Quote der anfallenden Managementkosten für die Bürger wie für den Staat wegen der Höhe der investierten Summen nur sehr gering.

17.9 **Sozialen Wohnungsbau und Wohneigentum fördern**

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Heimstatt, in der er menschenwürdig leben kann. Die AfD setzt sich deshalb für die Schaffung sozial geförderten Wohnraums ein.

Jahrzehntelang wurden in unserem Land Eigentumsförderung und sozialer Wohnungsbau vernachlässigt. Infolge dessen geben die deutschen Bürger einen großen Teil ihres Einkommens für Miete aus und befinden sich im Hinblick auf das durchschnittliche Familienvermögen auf den hintersten Plätzen unter den Euro-Staaten. Selbst Teile des Mittelstandes können sich Wohneigentum in Ballungsgebieten inzwischen nicht mehr leisten. Ungeregelte Zuwanderung und Nullzinspolitik verschärfen die Situation am Wohnungsmarkt dramatisch. Zu viele Bürger leben unter schlechten Wohnbedingungen und/oder sind durch Mieten finanziell stark belastet.

Die etablierte Politik reagiert mit Verzweiflungstaten wie Mietpreisbremsen, Mietendeckel und Fremd-

nutzungsverboten, welche sich allesamt als untauglich erweisen. Sie verschlimmern entweder mit Rückpralleffekten die Situation noch weiter oder würgen Investitionen in Modernisierung und Neubau ab. Auch Bundes- und Landes-Fördergelder allein lösen das Problem nicht, da die Kommunen und Investoren kaum noch Bauland zur Verfügung haben und mit einer über Jahrzehnte gewachsenen und mit Klima- und Energiesparauflagen sowie aufgeblähten Beteiligungsverfahren völlig überfrachteten Genehmigungs-Bürokratie kämpfen. Im Hinblick auf den Wohnungsbau kann dementsprechend von einem multiplen Politikversagen gesprochen werden. Einfache und generelle Lösungen für den Wohnungsmarkt gibt es allerdings nicht. Auch die notwendige konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern würde nur auf mittlere Sicht zur Problemlösung beitragen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die AfD für die Bildung überregionaler Baulandkommissionen ein, die im Zusammenspiel von Bund, Ländern, Kommunen, Regionalverbänden und Flächen-Eigentümern die Erschließung von Bauland vorantreiben. Die Genehmigungs-Bürokratie muss radikal vereinfacht und entschlackt und kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften gefördert bzw. neu gegründet werden. Kommunal verfügbare Flächen sollen vorrangig im Verfahren der

Konzeptvergabe unter Beachtung städteplanerischer und sozialer Aspekte und des sozialen Wohnungsbaus vergeben werden. Mit dem Kauf von Belegungsrechten sind weitere Sozialwohnungen zu schaffen.

Eine Erhöhung von Wohngeldzuschüssen kann eine kurzfristige Lösung für Betroffene darstellen, wird sich aber langfristig am Wohnungsmarkt einpreisen. Mittelfristig bieten vor allem der Neubau von preiswertem Wohnraum bzw. eine intelligente Dorfflurneueordnung und Sanierung von Dorfkernen erfolgversprechende Lösungsansätze. Durch eine umfassende Stärkung des ländlichen Raums kann der Druck auf den Wohnungsmarkt in den Ballungsgebieten reduziert werden.

Eine Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung für selbstgenutztes Wohneigentum könnte Kapital für den Wohnungsbau mobilisieren und die Eigentumsquote erhöhen. Dies wäre aus unserer Sicht nicht zuletzt deshalb begrüßenswert, weil wir den privaten Immobilienerwerb als einen sehr wichtigen Baustein der Vermögensbildung betrachten.

17.10 **Inklusive Sozialräume schaffen, Barrieren abbauen**

Die AfD unterstützt die Schaffung inklusiver Sozialräume vor Ort, in denen Bürger, soziale Dienstleister, Unternehmen und die öffentliche Hand gemeinsam darauf hinwirken, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich und selbstbestimmt am Arbeits- und Sozialleben teilhaben können.

Eine Inklusion mit Augenmaß wird vor allem in solchen Kommunen gelingen, in denen Menschen mit Behinderungen selbst als Beauftragte und Projektleiter zu Fragen der Inklusion fungieren. Die AfD unterstützt deshalb die dauerhafte Finanzierung von Inklusionsprojekten und Inklusionsbeauftragten auf kommunaler Ebene. Barrierefreiheit darf auf längere Sicht keine unterfinanzierte, freiwillige Aufgabe der Kommunen bleiben. Beim Zugang zu Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Behörden, Arztpraxen und nicht zuletzt öffentlichen Verkehrsmitteln muss die Barrierefreiheit zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.

Aus unserer Sicht bleiben die Behindertenwerkstätten der zentrale Ort, an dem Menschen mit Behinderungen Teilhabe und ein erweitertes soziales Umfeld ermöglicht werden. Die Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir durch eine erweiterte Förderung von Inklusionsfirmen und -abteilungen stärken. Zudem setzen wir uns für mehr behindertengerechte Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung ein. Eine Durchgängigkeit sämtlicher Hilfen und Angebote soll eine lebenslange Teilhabe behinderter Menschen gewährleisten.



94.285,33
71.927,47
95.226,57
91.898,85
73.550,51
79.853,10
79.832,31
24.228,01
29.881,36
21.690,56
67.747,20
90.710,22
85.953,86

74.878,30
87.439,74
74.513,02
73.971,67
32.088,41
70.383,14
47.804,11
42.734,2
38.493
18.30
53,5
4

HAUSHALT UND FINANZEN

Frischer Wind statt heiße Luft!



Afd

18 HAUSHALT UND FINANZEN

18.1 Politik für langfristig ausgeglichene Haushalte

Die AfD steht für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Geld der Bürger. Sie befürwortet die planmäßige Rückführung der ausgeuferten staatlichen Verschuldung und den konsequenten Verzicht auf neue Schulden. Es ist unsolidarisch und ungerecht, nachfolgenden Generationen die Folgen unserer kurzsichtigen Schuldenpolitik aufzuerlegen.

Der zuletzt ausgeglichene Haushalt in Rheinland-Pfalz ist nicht das Ergebnis einer soliden und verantwortungsvollen Finanzpolitik der Landesregierung, sondern einzig und allein die Folge der gestiegenen, von Wirtschaft und Bürgern erwirtschafteten Steuern sowie historisch niedriger Zinsen.

Um auch langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, braucht es enorme Anstrengungen und vor allem Verzicht. Gerade vor dem Hintergrund der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation sind alle Ausgaben kritisch zu hinterfragen und in Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof und dem Bund der Steuerzahler neu zu bewerten.

Durch Kürzungen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie das Streichen nicht notwendiger institutioneller und projektbezogener Fördermaßnahmen ergeben sich im Landeshaushalt erhebliche Einsparpotentiale. Weitere Kosten ließen sich durch eine Verringerung bürokratischer Apparate einsparen. So könnte beispielsweise die Anzahl der Ministerien reduziert werden.

18.2 **Keine Erhöhung von Steuern und Abgaben – Grunderwerbsteuer senken**

Die AfD lehnt die Erhöhung von Steuern und Abgaben grundsätzlich ab. Das Land soll – jenseits notwendiger Zukunftsinvestitionen – seine Einsparpotentiale nutzen und sich um eine Verringerung der Sollseite bemühen, anstatt permanent die Anhebung der Habenseite zu betreiben.

Um die Bürger zu entlasten und die Altersvorsorge durch die Bildung von Wohneigentum zu begünstigen, fordern wir eine Senkung der Grunderwerbsteuer. Darüber hinaus wollen wir bei dieser Steuer einen Freibetrag von 60.000 Euro pro Kind einführen, damit es Familien erleichtert wird, eine selbstgenutzte Immobilie zu erwerben.

Die Straßenausbaubeiträge sollen vollständig abgeschafft werden, denn sie sind mit einem hohen bürokratischen Aufwand und zum Teil existenzbedrohenden Kosten für die betroffenen Bürger verbunden. Zum Ausgleich für die durch die Abschaffung wegfallenden Einnahmen müssen die Kommunen eine einfach gestaltete finanzielle Kompensation vom Land erhalten.

18.3 **Kommunen finanziell besser stellen**

Die Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz sind durchschnittlich doppelt so hoch verschuldet wie jene in den übrigen Flächenländern. Es ist besorgniserregend, dass die kreisfreien Städte und Landkreise mit der bundesweit höchsten Pro-Kopf-Verschuldung zu einem großen Teil aus Rheinland-Pfalz stammen.

Eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung muss daher unbedingt in Angriff genommen werden. Hierbei sind insbesondere Nachbesserungen innerhalb des Finanzausgleichs vorzusehen. Um die drückenden Altlasten vieler Städte und Gemeinden zu beseitigen, muss das Land außerdem – gegebenenfalls mit Unterstützung des

Bundes – ein wirksames Entschuldungsprogramm für die rheinland-pfälzischen Kommunen auf den Weg bringen. Dabei ist sicherzustellen, dass die betroffenen Kommunen die Einhaltung des vorgegebenen Konsolidierungspfades jährlich nachweisen.

Die negative Entwicklung der kommunalen Finanzen ist häufig begleitet durch unzureichende Investitionen. Rheinland-pfälzische Kommunen weisen gegenüber dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer eine geringere Investitionstätigkeit von jährlich lediglich rund 300 Millionen Euro auf. Um den Investitionsstau abzubauen und die Kommunen zukunftsfähig zu machen, muss die Investitionstätigkeit auf kommunaler Ebene besser unterstützt werden.

18.4 **Grundsteuer: Flächenmodell einführen**

Ziel der Grundsteuer ist es, den tatsächlichen Wert einer Immobilie zu erfassen und in Abhängigkeit davon die Steuerlast festzusetzen. Hierzu müssen die Werte von Grund und Boden sowie von Gebäuden anhand vereinfachter Verfahren ermittelt werden.

Allerdings ist es mit hohem Aufwand und enormen Kosten verbunden, in regelmäßigen Abständen eine solche Hauptfeststellung durchzuführen. Die AfD fordert daher die Abkehr von diesem Verfahren zugunsten des auch vom Bund der Steuerzahler favorisierten Flächenmodells. Hierbei wird die steuerliche Bemessungsgrundlage durch die Multiplikation der Fläche von Grundstück und Gebäude ermittelt. Bei einem solchen Flächenmodell sind sowohl der erstmalige Einführungsaufwand als auch der laufende bürokratische und finanzielle Aufwand erheblich geringer und die Kosten damit niedriger – sowohl für die Bürger als auch für die Verwaltung.

18.5 **Investitionen des Landes erhöhen**

Die Investitionsquote in Rheinland-Pfalz bleibt weit hinter der anderer Bundesländer zurück. Insbesondere bei öffentlichen Investitionen ist ein erheblicher Nachholbedarf gegeben. Seit rund einem Jahrzehnt sind die Nettoinvestitionen des Staates so gering, dass das Land seine Substanz aufzehrt. Die erforderliche Konsolidierung der Landesfinanzen darf daher nicht zu Lasten zukunftsgestaltender Investitionstätigkeit gehen. Sowohl im Bereich der Verkehrsinfrastruktur als auch in den Bereichen Investitionsförderung für Krankenhäuser und der Bildungsinfrastruktur sind dringend mehr finanzielle Mittel notwendig.

18.6 **Bargeld bewahren**

Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht. Entgegen anders gerichteter Bestrebungen der Bundesregierung, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und einiger EU-Mitgliedsstaaten treten wir entschieden dafür ein, das Bargeld uneingeschränkt als gesetzliches Zahlungsmittel zu erhalten. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind die mit einem ausschließlich elektronischen Zahlungsverkehr verbundenen Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus macht rein elektronisches Geld Bürger und Wirtschaft davon abhängig, dass die für die Zahlungsvorgänge notwendigen Datenverarbeitungssysteme nicht ausfallen.



**UNSERE
KANDIDATEN
FÜR DEN
LANDTAG**

Frischer Wind statt heiße Luft!



AfD





MICHAEL FRISCH
LISTENPLATZ 01

Geb.: 13. Mai 1957

Beruf: Lehrer



DR. JAN BOLLINGER
LISTENPLATZ 02

Geb.: 21. März 1977

*Beruf: Landtags-
abgeordneter*



JOACHIM PAUL
LISTENPLATZ 03

Geb.: 10. Juli 1970

Beruf: Lehrer



MATTHIAS JOA
LISTENPLATZ 04

Geb.: 28. Dez. 1981

*Beruf: Bankkaufmann /
Manager
Beteiligungsmodelle*



DAMIAN LOHR
LISTENPLATZ 05

Geb.: 7. Dez. 1993

Beruf: Selbstständig/MdL



IRIS NIELAND
LISTENPLATZ 06

Geb.: 1960

Beruf: MdL



**MARTIN LOUIS
SCHMIDT**

LISTENPLATZ 07

Geb.: 21. August 1966

Beruf: Journalist



PETER STUHLFAUTH
LISTENPLATZ 08

Geb.: 17. Sept. 1961

Beruf: Polizeibeamter



RALF SCHÖNBORN
LISTENPLATZ 09

Geb.: 17. August 1966

*Beruf: Angestellter
Automobilindustrie*



**ALEXANDER
JUNGBLUTH**
LISTENPLATZ 10

Geb.: 7. Februar 1987

Beruf: Volkswirt [M.Sc.]



FABIAN SCHÜTZ
LISTENPLATZ 11

Geb.: 17. Dez. 1985

Beruf: Pressesprecher



EUGEN ZIEGLER
LISTENPLATZ 12

Geb.: 1. Februar 1963

Beruf: Selbstständig



DR. HORST KNOPP
LISTENPLATZ 13

Geb.: –

Beruf: Arzt



**OTTO FREIHERR
HILLER VON
GAERTRINGEN**
LISTENPLATZ 14

Geb.: 21. Oktober 1949

*Beruf: Land- u. Forst
betriebsverwaltung,
OStR. a.D.,
Geschäftsführer*



ALEXANDER HEPPE
LISTENPLATZ 15

Geb.: 3. Januar 1982

*Beruf: Kaufmann im
Groß und
Außenhandel*



JÜRGEN NUGEL
LISTENPLATZ 16

Geb.: 15. Nov. 1969

*Beruf: Betriebswirt (VWA)/
Kaufmann*



**BRIGITTE
HOFFMANN**
LISTENPLATZ 17

Geb.: 7. Juli 1954

Beruf: Verwaltungsfachwirtin a.D.



ANDREAS WONDRA
LISTENPLATZ 18

Geb.: 19. Mai 1960

Beruf: Dipl. Wirtschaftsingenieur



NICK BALTROCK
LISTENPLATZ 19

Geb.: 6. April 1980

Beruf: Elektriker



SASCHA WECKMANN
LISTENPLATZ 20

Geb.: 7. Sept. 1980

Beruf: Mitarbeiter MdB



ANJA EBERHARDT
LISTENPLATZ 21

Geb.: 18. August 1965

*Beruf: Einzelhandels-
kauffrau*



MICHAEL
EBERHARDT
LISTENPLATZ 22

Geb.: 16. April 1960

*Beruf: Polizeibeamter
im Ruhestand/
selbst. Kaufmann*



PASCAL BÄHR
LISTENPLATZ 23

Geb.: 26. Okt. 1994
Beruf: Hotelfachmann,
Ex-Soldat



THORSTEN HUFNAGEL
LISTENPLATZ 24

Geb.: 17. Okt. 1990
Beruf: Student im Fach
Management



BORIS SCHNEE
LISTENPLATZ 25

Geb.: 18. April 1971

Beruf: Angestellter

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ


Vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch:

Michael Frisch

AfD Rheinland-Pfalz

c/o AfD Bundesverband
Schillstraße 9, 10785 Berlin

KONTAKTDATEN

 +49 671-84157373

 info@alternative-rlp.de

 <https://alternative-rlp.de>

SPENDENKONTO

AfD Landesverband Rheinland-Pfalz

Sparkasse Worms-Alzey-Ried

Konto Nr: 21 77 31 57

BLZ: 55350010

IBAN: DE96 5535 0010 0021 7731 57

Als Verwendungszweck angeben:

Spende + vollständige Adresse oder Mitgliedsnummer
(für die Erstellung einer Zuwendungsbescheinigung)

*Fotonachweise – stock.adobe.com: Titel@, 16@Marcel, 20@Branko
Srot, 26@Alexander Winkler, 30@spass, 38@paralle_dream,
50@Branko Srot, 60@Photographie.eu, 74@benjaminolte, 68@
ysbrandcosijn, 100@Tupungato, 110@Julia Hermann, 118@
xiaoliangge, 124@Shutter81, 136@babaroga, 146@dudlajzov, 158@
Aldeca Productions, 178@Harry Wedzinga – Andere: 68@AfD, 186@
Olaf Kosinsky, 162@AfD*



Landesverband Rheinland-Pfalz | 1220